

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur in celle

Nr. 81

Sept./Okt. 2016



Der Plagiator: CDU-Kandidat Nigge

INHALT

Nigge – das „Celler Kind“ und sein Programm Großmeister in Copy & Paste	3
Mende – auf ein Neues bis 2026? Wohin? Konzern oder Gemeinwesen?	4
Die Wahl zum Stadtrat - Programmvergleich „Ja, wo laufen sie denn?“	6
CDU/CSU und SPD beschließen Fracking-Gesetz Mehr Regulierung, aber kein Verbot	8
Bockelskamp / Mastanlage gescheitert	9
Meldungen	10
Laternengespräche Wir lassen uns das Feiern nicht verbieten	12
Proteste bei der Rheinmetall-Hauptversammlung Rheinmetall-Aktien sind mit Blut getränkt	14
Jubel-Demo Trialog / TTIP/CETA-Bündnis	16
Ideologieproduktion und Elitekonsens Trialog: Entwicklung und Relevanz	17
Revista-Open 2016 – Ergebnisse	22
Veranstaltungshinweise Reichtum & Armut / NSU-Prozess	23
Wenn Nazis ihre Ruhe haben, machen sie weiter Demonstration in Eschede	24
AntiFa-Infos / Landkreis	25
Buntes Haus (Teil 3) Eine linksradikale Drogenhöhle?	26
Programm Kino achteinhalb	30
Terminkalender	31



Hallo werte Leser*innenschaft,

normalerweise hätten wir das Heft zum 1. September herausgebracht. Aber dann haben wir entdeckt, dass der CDU-Oberbürgermeisterkandidat, Dr. Jörg Nigge, Teile seines Programms vom Wahlprogramm der Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker abgeschrieben hat. Aus unserer Sicht ist das eine äußerst brisante Information, geht es doch nicht um die Vorstandswahlen eines Kaninchenzüchtervereins, sondern um die Leitung einer fast 1000-köpfigen Verwaltung und die Repräsentanz einer ganzen Stadt. Da geht Abschreiben gar nicht.

Wir haben diese Information in einer Pressemitteilung am Tag des Erscheinens der revista an die regionalen und überregionalen Medien weitergegeben.

Dass wir OB Mende in wesentlichen Punkten durchaus skeptisch sehen, dürfte bekannt sein. Für wen das kleinere Übel aber eine Option ist ...

Ansonsten können bei Kommunalwahlen mit einer Wahlbeteiligung von um die 50 Prozent manchmal schon wenige Stimmen darüber entscheiden, ob eine Liste ein Mandat bekommt oder nicht. Wir finden, diese Stadt hat eine kreative Opposition verdient. Deshalb: Ruhig mal wählen gehen am 11.9.

Eure revista



Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 1329, 29203 Celle
 V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista.celle@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
 erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,
 kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)
 Konto: SKI e.V., IBAN: DE18 2575 0001 0108 0996 98, BIC: NOLADE21CEL

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Café Wichtig,
 Linke/BSG-»Das Büro«, Sternkopf & Hübel, Rio's, Morlock

Dr. Jörg Nigge: ein Großmeister in Copy & Paste

Die beiden großen Parteien inszenieren vor allem ein Showdown zwischen den Oberbürgermeisterkandidaten Dirk-Ulrich Mende und Dr. Jörg Nigge. Da wird der CDU-Kandidat zum Herausforderer, der mit neuen Ideen den alten Amtsinhaber vom Thron jagen will.

Wir haben uns sein Programm angeschaut. Und wir waren erstaunt über die Bandbreite der Forderungen und Ideen. Darunter sind zwar die klassischen Positionen der CDU zu Sicherheit und Ordnung zu finden, aber eben auch Aspekte, die zu jeder modernen (Groß-)Stadtpolitik gehören. Insbesondere die Kapitel zu „Umwelt“, „Mobilität“ und „Vielfalt“ fanden wir im weiten Sinne wählbar.

Das hat uns – ehrlich gesagt – etwas stutzig gemacht. Und siehe da: „Das ist alles nur geklaut.“ (Die Prinzen)

Von wem? Es ist aus dem Programm der im letzten Herbst zur Kölner Oberbürgermeisterin gewählten, parteilosen Henriette Reker. Sie war offiziell von Bündnis '90/Die Grünen zur Kandidatin erkoren und im weiteren von einer „Regenbogenkoalition“ aus CDU, FDP, den Grünen und Freien Wählern unterstützt worden.

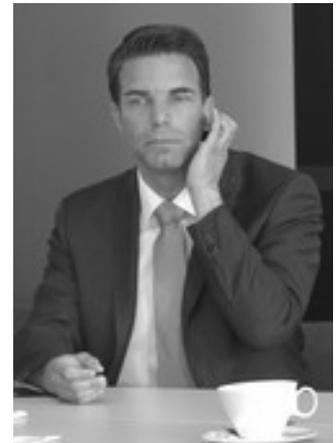
Selbst sein zentrales Erzählmotiv hat Nigge von Reker entlehnt. So wie sie ins Zentrum stellt, eine „Kölnerin“ zu sein, preist Nigge sich als „Celler Kind“.

Unten und auf der nächsten Seite haben wir die in beiden Programmen identische Passagen zusammengestellt.

Es ist sicherlich kaum etwas dagegen zu sagen, wenn der Ortsverein einer Partei sein Kommunalwahlprogramm bei einem anderen Ortsverein abschreibt. Aber

wer sich um das Amt des Oberbürgermeisters bewirbt, darf es sich mit Copy & Paste nicht derart einfach machen. Nigge hat zu Umwelt, Mobilität und Vielfalt praktisch keine eigene Idee. Es klingt zwar schön, aber ist alles geklaut. Bei einem Oberbürgermeister darf man/frau erwarten, dass er sich nicht mit fremden Federn schmückt. Und die allermeisten seiner konservativen Parteifreunde sind – nebenbei gesagt – die größten Verfechter des Urheberrechts. Und auf der website <http://neu.henriette-reker.koeln/> steht unübersehbar: „Copyright 2015 Henriette Reker“

Hat sich Jörg Nigge mit dieser Fehlleistung selbst aus dem Kandidat*innen-Rennen geschossen? Die CDU steht vor einem noch größeren Scherbenhaufen als nach Biermanns Abgang. Sicher, es geht nicht wie bei zu Guttenberg, Schavan, von der Leyen u.a. um eine Dissertation. Aber wie will jemand eine 1000-köpfige Verwaltung leiten, der schamlos Ideen anderer Wort für Wort für sich vereinnahmt. Welches Vertrauen kann eine Bürgerschaft, die er nach innen und außen repräsentieren soll, noch in einen solchen Mann haben?



„Celle ist eine Stadt mit Lebensqualität und Flair, eine Stadt mit Geschichte und Zukunft. Eine Stadt, auf die viele Celler zu Recht stolz sind.“

„Ich lade für die nächsten Jahre alle demokratischen Kräfte zu einer offenen Diskussion mit breiter Beteiligung der Öffentlichkeit ein, um Mehrheiten für gute und zukunftsfähige Lösungen zu finden. Nicht Blockbildung und Hinterzimmer dürfen entscheidend sein, sondern die besseren Ideen und Argumente.“

„Nach der Wahl möchte ich als Oberbürgermeister [...]

- es zulassen, dass die Stadt von guten Ideen aller demokratischen Kräfte profitiert.
- das Gespräch mit den Celler Bürgerinnen und Bürgern aktiv in meine Arbeit einbinden.
- eine leistungsfähige Verwaltung gestalten, die serviceorientiert und bürgernah handelt.
- Prozesse vereinfachen, transparent machen und die Entscheidungen beschleunigen.
- in der Stadtverwaltung den Wandel von einer „Zuständigkeitskultur“ zu einer Lösungskultur vorantreiben.“

„Köln ist eine Stadt mit Lebensqualität und Flair, eine Stadt mit Geschichte und Zukunft. Eine Stadt, auf die viele Kölnerinnen und Kölner zu Recht stolz sind.“

„Ich lade für die nächsten Jahre alle demokratischen Kräfte zu einer offenen Diskussion mit breiter Beteiligung der Öffentlichkeit ein, um Mehrheiten für gute und zukunftsfähige Lösungen zu finden. Nicht Blockbildung und Hinterzimmer dürfen entscheidend sein, sondern die besten Argumente.“

„Nach der Wahl möchte ich als Oberbürgermeisterin [...]

- es zulassen, dass die Stadt von guten Ideen aller demokratischen Kräfte profitiert.
- das Gespräch mit den Kölner Bürgerinnen und Bürgern als Potenzial nutzen.
- eine leistungsfähige Verwaltung aufbauen, die serviceorientiert und bürgernah handelt.
- Prozesse vereinfachen, transparent machen und die Entscheidungen beschleunigen.
- in der Stadtverwaltung den Wandel von einer „Zuständigkeitskultur“ zu einer Lösungskultur vorantreiben.“

„Ob wir die globalen Ziele beim Klima- und Umweltschutz erreichen, entscheidet sich vor allem in den Städten – auch in unserer Stadt. Nur in der umwelt- und klimagerechten Stadt der kurzen Wege und grünen Vielfalt werden wir auch in Zukunft gut und gesund leben können. Energieeffizienz, intelligente Mobilitätskonzepte und Zukunftstechnologien wie die Elektromobilität werden immer wichtiger als wirtschaftliche Standortfaktoren“.

„Celler Bürger und die Besucher der Stadt sind unterwegs – zu Fuß, auf dem Rad, mit Bus und Bahn, dem eigenen Auto oder Carsharing, mit LKW oder Reisebus, Skateboard, Kinderwagen, Rollstuhl und Rollator. Wir brauchen eine Infrastruktur, die den unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht wird, damit Menschen und Güter schnell, sicher, bezahlbar, bequem und umweltfreundlich in die Stadt und von einem Stadtteil in den nächsten gelangen können.“

„In Celle wird Vielfalt gelebt. Hier haben die unterschiedlichsten Gruppen in der Stadtgesellschaft einen Platz: Frauen und Männer, Alte und Junge, Familien und Kinderlose, Menschen mit Migrationshintergrund, mit unterschiedlicher sexueller Identität und Orientierung oder Menschen mit Handicap. Diese Vielfalt als Chance zu begreifen, niemanden zu diskriminieren und allen gleiche Entfaltungsmöglichkeiten zu geben, ist eine unserer größten gesellschaftlichen Aufgaben.“

„Ob wir die globalen Ziele beim Klima- und Umweltschutz erreichen, entscheidet sich vor allem in den Städten – auch in unserer Stadt. Nur in der umwelt- und klimagerechten Stadt der kurzen Wege und grünen Vielfalt werden wir auch in Zukunft gut und gesund leben können. Energieeffizienz, intelligente Mobilitätskonzepte und Zukunftstechnologien wie die Elektromobilität werden immer wichtiger als wirtschaftliche Standortfaktoren“.

„Die Kölnerinnen und Kölner sowie die Besucher der Stadt sind unterwegs – zu Fuß, auf dem Rad, mit Bus und Bahn, dem eigenen Auto oder Carsharing, mit LKW oder Reisebus, Skateboard, Kinderwagen, Rollstuhl und Rollator. Wir brauchen eine Infrastruktur, die den unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht wird, damit Menschen und Güter schnell, sicher, bezahlbar, bequem und umweltfreundlich in die Stadt und von einem Stadtteil in den nächsten gelangen können.“

„In Köln wird Vielfalt gelebt. Hier haben die unterschiedlichsten Gruppen in der Stadtgesellschaft einen Platz: Frauen und Männer, Alte und Junge, Familien und Kinderlose, Menschen mit Migrationshintergrund, mit unterschiedlicher sexueller Identität und Orientierung oder Menschen mit Handicap. Diese Vielfalt als Chance zu begreifen, niemanden zu diskriminieren und allen gleiche Entfaltungsmöglichkeiten zu geben, ist eine unserer größten gesellschaftlichen Aufgaben.“

Dirk-Ulrich Mende – auf ein Neues bis 2026?

Wohin geht die Reise? Konzern oder Gemeinwesen

„Alles Luschen?“ fragte unser Titelgestalter ursprünglich mit unten stehendem „Titel“-Foto nicht ohne Grund zur Wahl des/der Oberbürgermeisters/in. Jetzt ist diese Frage fast belanglos. Denn nachdem wir (siehe S. 3) aufgedeckt haben, dass der CDU-Kandidat Dr. Jörg Nigge



weite Teile seines Programms abgeschrieben hat, ist er im bürgerlichen Verständnis als Kandidat für dieses Amt untragbar geworden.

Dabei war die CDU so stolz auf ihren jungen Streber. Wer sich in der Kommunalpolitik auskennt, merkte schon ohne den Copy&Paste-Skandal: Er ist ein Scheinriese. Viele öffentliche Äußerungen von ihm machten deutlich, dass da wenig ist außer heißer Luft.

Unter normalen Umständen wäre es für Mende trotzdem nicht leicht geworden, seinen Sessel zu behaupten. Seine Wahl vor fünf Jahren hatte mit der nach Biermanns unrühmlichem Abgang desaströsen CDU zu tun. Dazu kamen antifeministische Ressentiments aus der Wählerschaft gegen die CDU-Kandidatin Susanne Schmidt. Mende hatte es im Wahlkampf verstanden, über ein ungekünsteltes Zugehen auf Menschen Sympathien zu gewinnen. So bestand die Hoffnung, dass die Arroganz, die das Rathaus unter Biermann und von Witten über Jahrzehnte ausgestrahlt hatte, sich verflüchtigen könnte. Und ein bisschen was davon hat sich auch umgesetzt.

Seine realpolitische Bilanz dagegen ist sehr durchwachsen. Es ist vor allem sein Verständnis von der Stadt als Konzern, das problematische Entscheidungen hervorbringt. Erinnert sei an seine Geheimverhandlungen mit

dem Gelsenwasser-Konzern über Privatisierungsmöglichkeiten bei der Abwasserwirtschaft. Es brauchte eine kleine Bürger*innen-Bewegung um dieses Projekt (vorerst) in der Ablage verschwinden zu lassen. Ausfluss dieses Denkens ist jetzt aber die Ausgliederung von Teilen der Verwaltung in Eigenbetriebe, mit dem unverbrämten Zweck den Haushalt zu sanieren – zu Lasten der Gebührendzahler*innen.

Selbstverständlich hält er an allen bekloppten Beschlüssen des Rates fest (z.B. gegenläufige Befahrbarkeit des Nordwalls) und zeigt auch mal eine äußerst unangenehme autoritäre Seite (z.B. juristischer Streit mit dem Rat über Dezernatsverteilung).

Aber es gibt einiges, das ihm positiv zuzurechnen ist. Man vergleiche nur sein Reden und Handeln in Sachen Migration mit dem von Landrat Wiswe. Als vor vier Jahren Ressentiments gegen Sinti und Roma sich gesellschaftlich Raum eroberten, hat er auf der Maikundgebung des DGB klar Position gegen diesen sozialchauvinistischen Rassismus bezogen. Er hat sich an einer Aktion gegen eine NPD-Kundgebung beteiligt. Er hat sich gegen Wiswe für die Abschaffung der Gutscheinregelung für Asylbewerber*innen stark gemacht.

Die Verwaltung hat früh auf die steigenden Flüchtlingszahlen reagiert und mit der Vortragsreihe in der Exerzierhalle einen vernunftgesteuerten Dialog initiiert. Und Mende setzt auf das Prinzip der dezentralen Unterbringung (was angesichts der leerstehenden Bundeswehrimmobilien aber auch eine win-win-Situation ergab). Aber ehe uns unsere Leser*innen daran erinnern müssen: Einmal hat er sich auch auf die Seite der de Maizieres und Wiswes geschlagen, als ihn die CZ mit der Aussage zitierte, die Abschiebung ausreisepflichtiger Flüchtlinge würde durch Atteste von „Privatärzten“ erschwert.

Die Initiativen der Stadt in Sachen Klimaschutz sind überschaubar. Aber in wirklich unverkennbarem Unterschied zur Landkreisverwaltung ist man im Rathaus dem Thema gegenüber aufgeschlossen. Auch wenn steuerliche Gesichtspunkte eine große Rolle spielten, können Rat und Verwaltung für sich verbuchen, die Stadtwerke mit dem Verkauf von Strom und Gas wieder zu einem lokalen Akteur auf dem Energiemarkt gemacht zu haben (gegen den Widerstand Wiswes).

Und vielleicht noch ein letztes: Zu Biermanns Feindbild gehörte eindeutig das Bunte Haus. Unter Mendes Ägide ist Normalität eingekehrt. Das Bunte Haus wird als Träger von Jugend- und Kulturarbeit gesehen und auch so behandelt. Als vor einigen Jahren Renovierungsarbeiten fällig waren, deren Unterlassung den weiteren Betrieb gefährdet hätten, hat die Verwaltung nicht lange gefackelt, sondern ihren Job gemacht und die erforderlichen Arbeiten in Auftrag gegeben.

Bei einer Wiederwahl wird entscheidend sein, in welche Richtung er die Stadt bewegen will: Konzern oder Gemeinwesen. Auf den Prüfstand wird sein Handeln aber nicht noch einmal kommen. Die Amtszeit von Oberbürgermeistern ist zwar auf fünf Jahre begrenzt

Zuständigkeiten einer Oberbürgermeisterin

§ 85 Zuständigkeit

(1) Die Hauptverwaltungsbeamtin oder der Hauptverwaltungsbeamte *[das ist der/die Oberbürgermeister*in]*

1. bereitet die Beschlüsse des Hauptausschusses *[das ist der vertraulich tagende Verwaltungsausschuss]* vor,

2. führt die Beschlüsse der Vertretung *[das ist der Rat]* und des Hauptausschusses aus und erfüllt die Aufgaben, die ihr oder ihm vom Hauptausschuss übertragen worden sind, [...]

(3) Die Hauptverwaltungsbeamtin oder der Hauptverwaltungsbeamte leitet und beaufsichtigt die Verwaltung [...]

(5) In Gemeinden oder Samtgemeinden informiert die Hauptverwaltungsbeamtin oder der Hauptverwaltungsbeamte die Einwohnerinnen und Einwohner in geeigneter Weise über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde oder Samtgemeinde. [...] Die Information ist so vorzunehmen, dass Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung besteht. [...]

§ 86 Repräsentative Vertretung, Rechts- und Verwaltungsgeschäfte

(1) 1 Die repräsentative Vertretung der Kommune obliegt der Hauptverwaltungsbeamtin oder dem Hauptverwaltungsbeamten [...]. Sie oder er vertritt die Kommune nach außen in allen Rechts- und Verwaltungsgeschäften sowie in gerichtlichen Verfahren. [...]

Quelle: Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)

worden. Aber da Mende sich vor Ablauf seiner eigentlich Amtszeit wieder zur Wahl stellt, gilt in Fällen wie seinem eine Sonderregelung: Er kann bis ins Jahr 2026 weitermachen. Dann wäre er 69 Jahre alt. Denkbar also, dass er vorher den Chefsessel räumt – oder schon am 11. September räumen muss. Wir werden sehen.

Warum wir nichts zu Alexandra Martin, der Kandidatin der Wählergemeinschaft, schreiben? Es handelt sich um eine rein instrumentelle „Schein“-Kandidatur – mit ihrer Aufstellung bezweckt die WG einzig, im Wahlkampf nicht gänzlich unterzugehen. Aber wer allen Ernstes ein „Allwettereinkaufserlebnis durch Überdachung der Rabengasse/Piltzergasse/Prinzengasse“ fordert, hat den Schuss nicht gehört. Die „Vision“ hatte Old Biermann schon mal und die Feuerwehr hat ihm schnell klar gemacht, dass wenn eins in der Altstadt nicht geht, dann „Überdachen“. Im Übrigen: Wir haben Regenschirme.



Mende und Queen (mit Hut).

Die Wahl zum Stadtrat „Ja wo laufen sie denn?“

„Es ist gut leben im Celler Land. Welt und Umwelt sind hier in Ordnung.“ Mit diesem Slogan warb die Celler CDU in den 1970er Jahren für sich und die Stadt. Hierin spiegelte sich ein grundkonservatives Lebensgefühl. Doch es hat seit langem Risse. RWLE Möller hat dies mit seinem Ölbild „Celler Welt“ (aus dem Jahr 1981) thematisiert. Er persifliert eine der ersten bildlichen Darstellungen Celles aus dem Jahr 1606: „Christus mit Weltkugel“. Beim „Salvator“ ist in der Weltkugel ein Teil des Celler Schlosses zu sehen. Möller ersetzt ihn durch den langjährigen CDU-Oberbürgermeister Helmut Hörstmann, und in der Weltkugel: das Karstadt-Gebäude – nicht nur ein Sündenfall der Altstadtgeschichte, sondern auch ein Verweis darauf, dass der Konsum regiert.

Die CDU ist nach der Abspaltung der „Unabhängigen“ in den vergangenen fünf Jahren erstaunlicherweise nicht homogener geworden und hat die sich bietenden Modernisierungschancen kaum genutzt. Am deutlichsten wurde dies vielleicht in der Diskussion um die Straßennamensumbenennungen, wo es Teilen der Fraktion erlaubt blieb, gegen jede Vernunft die Legende von der sauberen Wehrmacht nachzubeten.

Die SPD-Ratsfraktion hat sich in der ablaufenden Ratsperiode vor allem darin gefallen, alles was von „ihrem“ OB kam, bedingungslos zu verteidigen – wobei es für sie nicht einmal bei der Frage „Privatisierung der Ab-



wasserwirtschaft“ ein Stoppschild gab. So ist auch ihr Kommunalwahlprogramm unter dem Motto "Zukunft für Celle", neben Lobpreisungen des großartigsten Oberbürgermeisters aller Zeiten, ziemlich substanzlos. Neue Initiativen lassen sich an einer Hand abzählen. Vieles bleibt allgemein oder geradezu kryptisch.

In Bezug auf Wohnungen für Flüchtlinge heißt es z.B.: „Es müssen auch unkonventionelle Lösungen für eine mittelfristige Unterbringung in Wohnquartieren im Rahmen einer abgewogenen Integration gefunden werden.“ Was soll das sein: unkonventionelle Lösungen für eine mittelfristige Unterbringung? Und in welcher Maßeinheit wiegt man Integration ab?

Zum Thema Re-Integration in den Arbeitsmarkt findet sich folgende Formulierung: „Wir wollen Bürgerarbeitsprojekte einführen, in denen Langzeitarbeitslose in den normalen Arbeitsprozess für kommunale Arbeit und Dienstleistungen eingebunden werden.“ Was soll das sein: Bürgerarbeit? Es gibt unterschiedlichste Konzepte - wobei es in der Regel aber ja nichts anders ist als der Ein-Euro-Job.

Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung hat die SPD bisher grundsätzlich die Linie der Verwaltungsspitze unterstützt, wonach z.B. etliche kostenträchtigen Bereiche auf die Sportvereine abgewälzt werden sollen. Da wirkt dann dieses Versprechen ziemlich hohl: „Gerade der Sport ist von unschätzbare Bedeutung für Integration und Teilhabe. Die Sportvereine können sich deshalb auf unsere Unterstützung verlassen.“

Absolut kurios ist die Passage zum Klimawandel. „Das Landschaftsbild und der Charakter Celles als Stadt mit einer vielfältigen Flora und Fauna sollen erhalten bleiben. Wir selbst müssen deshalb auch aktiv unseren Beitrag zur Eindämmung der Folgen des Klimawandels leisten.“ Was könnte der Sinn dieser beiden immerhin durch ein „deshalb“ verbundenen Sätze sein? Es gibt anscheinend kein Verständnis für die Verantwortung früh-industrialisierter Gesellschaften für die Erderwärmung. Das Problem wird dahin verkürzt, dass die Folgen „eingedämmt“ werden sollen. In dem Zusammenhang ist dann folgende Idee konsequent: „Der Effekt des Klimawandels kann durch die Begrünung geeigneter Dächer in der Stadt Celle abgemildert werden.“ Dagegen ist sicher nichts zu sagen, aber es geht nicht wirklich um Klimawandel, sondern bestenfalls um die Verbesserung von Stadtklima.

Opposition – wichtiger denn je

Die Fraktion aus dem Bündnis Soziale Gerechtigkeit (Oliver Müller) und Die Linke (Behiye Uca) hat in den vergangenen fünf Jahren eindrucksvoll gezeigt, wozu eine kritische Opposition taugt. Sie hat die Gespräche der Verwaltungsspitze im Rathaus mit dem Gelsenwasser-Konzern öffentlich gemacht und sich also Input-Geber für die Bürgerbewegung gegen die Privatisierung der Abwasserwirtschaft bewährt. Sie hat immer wieder auf kostenträchtige Fehlplanungen in der Stadtentwicklung hingewiesen. Sie hat auf das rechtswidrige Verhal-

ten der Verwaltung bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen hingewiesen und jugendhilfegerechte Lösungen eingefordert. Sie hat in Sachen Klimaschutz viele kleine und größere Initiativen gestartet. Die Fraktion hat sich öffentlich auf die Seite der Trialog-Gegnerinnen gestellt. Sie hat eine Ratsresolution gegen TTIP initiiert und eine für Fracking inhaltlich fundiert kritisiert und abgelehnt. Und und und.



Dass Die Linke und das Bündnis Soziale Gerechtigkeit (BSG) jetzt gegeneinander kandidieren, ist Gründen geschuldet, die im engen „Partei“-Verständnis der Linken liegen. Für die Wähler*innen eröffnet sich so aber ja auch eine zusätzliche Option.

Programmatisch stützt sich Die Linke in Celle auf das landesweite Kommunalwahlprogramm. Celle-bezogene Aspekte gibt es fast keine. Und der Vorschlag, die Stadt möge eine Gesellschaft mit dem Namen „InnoCell 2025“ gründen, um „innovative Modelle einer Stadt der Zukunft im Einklang und in Abstimmung mit den Gemeinden des Kreises“ zu entwickeln, klingt zwar schön – es wird aber nicht erläutert, wie und was da laufen soll.

Die kommunalpolitische Kompetenz liegt in breiterer Weise sicher beim BSG. Das hat zwar nur ein Programm mit zehn Kernpunkten vorgelegt, aber die beziehen sich tatsächlich alle auf Celler Probleme und spezifische Lösungsansätze. Das BSG hat fundierte Zielsetzungen in Sachen Klimaschutz und Mobilität und ist einzige Wählergruppe, die den Skandal thematisiert, dass offiziell jedes vierte Kind in Celle in Armut lebt. Um überhaupt auszuloten, welche Möglichkeiten zur Veränderung dieser Situation es auf kommunaler Ebene gibt, wird ein „Runder Tisch“ vorgeschlagen.

Eine Anmerkung zu der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen: Sie hat sich zuletzt wieder ein bisschen aus ihrem realpolitischen Mainstreamkurs gelöst. In der lokalen Flüchtlings- und Klimapolitik, in Sachen TTIP/CETA und Anti-Privatisierung gibt es Übereinstimmungen mit „linke“ Positionen. Und im Kreistag sind die Bündnisgrünen die einzige Opposition gegen die Gutsherrenpolitik von Landrat Wiswe – mit Stärken im Klima- und Naturschutz, aber auch Schwächen in der Sozialpolitik.

„Die Unabhängigen“ haben ein Thema: Die Allerinsel für Schützen und Frei-Parken zu erhalten. Dass sie sich dafür gelegentlich in harscher Weise mit der Obrigkeit anlegen, hat zwar Unterhaltungswert. Aber als Fans der Kriegsverbrecher Rommel und Stülpnagel sind sie selbstverständlich unwählbar.

AfD: Freie Fahrt für freie Bürger

Die AfD hat sich immerhin ein Kommunalwahlprogramm zusammengestrickt, in dem – neben den üblichen ausländer- und islamfeindlichen Ressentiments – vor allem gegen ökologische „Ideologie“ gewettert wird.

Wichtig ist ihnen das Schweineschnitzel: „*Maßnahmen, wie der Verzicht auf Schweinefleisch in Kantinen, das Abhängen von Bildern in Ausstellungen und öffentlichen Einrichtungen, Ausschluss muslimischer Mädchen von Sportunterricht und ähnlichen Anliegen, die den fundamentalen Forderungen muslimischer Verbände genügen sollen und zu einem schrittweisen Umbau unserer Gesellschaft führen, lehnen wir kategorisch ab.*“

Sozialchauvinismus darf nicht fehlen: „*Nutznieser des hart erarbeiteten Wohlstandes müssen vor allem diejenigen sein, die ihn geschaffen haben.*“ Konsequenterweise will man deshalb die Kinder gern gut sortiert und abgepackt beschulen: „*Schüler und Eltern müssen deshalb künftig wieder das klassische 3-gliedrige Schulsystem vorfinden. [...] Einen flächendeckenden und ideologisch motivierten Ausbau von Gesamtschulen zu Lasten anderer Schularten lehnen wir ab.*“

Was der deutsche Mann anscheinend neben Claudia Roth am meisten hasst, ist die Gängelei im Straßenverkehr: „*Eine mutwillige Behinderung des Individualverkehrs ist nicht selten ideologisch bedingt und wird von uns nicht mitgetragen. [...] Tempo-30-Zonen in Haupt-Durchgangsstraßen sind weder sinnvoll noch wünschenswert. Die AfD will die unnötigen Radfahrspuren (z.B. Sprengerstraße) auf Celles Straßen wieder beseitigen. [...] Geschwindigkeitskontrollen sind ausschließlich als Ermahnung zu verantwortungsvollem Handeln einzusetzen. Sie sind nicht dazu gedacht, zusätzliche Einnahmen zu generieren. Kontrollen, an nicht sicherheitsrelevanten Straßen werden zu Recht als Schikane empfunden und haben zu unterbleiben.*“ Einen Widerspruch zu ihrem Selbstbild sehen sie dabei in folgendem Satz nicht: „*Die AfD steht als Rechtsstaatspartei für Recht und Ordnung.*“ Dass der Begriff „Rechtsstaat“ eigentlich das Gegenteil der gemeinten „Law & Order“-Politik ist, nämlich auf die Begrenzung staatlicher Eingriffe in die „Freiheits“-Rechte der Bürger*innen zielt, werden AfD-Anhänger*innen nie verstehen.

Noch zwei Sätze zur Partei DIE PARTEI: Normalerweise würden wir eine Kandidatur der Satire-Fraktion immer begrüßen. Leider sind die Kandidaturen von BSG und Die Linke keine Selbstläufer und wenn durch DIE PARTEI hier entscheidende Stimmen fehlen würden, wäre es schade.

Und fast vergessen: FDP und Wählergemeinschaft konkurrieren vor allem um Einzelhändler*innen, Immobilienbesitzer*innen und Gutbetuchte. Naja – auch Boye braucht schließlich eine Repräsentanz im Stadtrat.

Mehr Regulierung – aber kein Verbot

Im Juni verabschiedete der Bundestag ein Gesetzespaket zum Fracking. Zwei Wochen vor der Bundestagsentscheidung hatten der Bundesverband Erdgas, Erdöl und Geoenergie (BVEG) und der Niedersächsische Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) mit der Aufkündigung des faktischen Fracking-Moratorium in Niedersachsen enormen Druck aufgebaut. Herausgekommen ist ein Gesetz, das die Umweltstandards beim Fracking in konventionellen Lagerstätten verbessert und im Prinzip ein Verbot des unkonventionellen Frackings, also der Förderung in Schiefergestein, verankert. Bei Zustimmung des betroffenen Bundeslandes werden aber bis zu vier sogenannte „Erprobungsmaßnahmen“ zugelassen. In fünf Jahren soll der Bundestag dann eine Bewertung der Angemessenheit dieses Verbots vornehmen. Zustimmung fand das Gesetz bei den Parteien der Regierungskoalition, CDU/CSU und SPD, abgelehnt wurde es von Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke.



Die bündnisgrüne Bundestagsabgeordnete Julia Verlinden befand: „Die Industrie hat genau das Gesetz bekommen, das sie wollte.“ Christoph Löwer, Hauptgeschäftsführer des BVEG, war dann auch nicht gerade unglücklich: „Die traditionelle Erdgasförderung hat mit der Verabschiedung des Gesetzes wieder eine Perspektive in Deutschland.“ Selbstverständlich aber fand er: „Das Verbot der unkonventionellen Erdgasförderung und die Einschränkungen für Forschungsprojekte sind dagegen nicht nachvollziehbar. [...] Das ist ein schlechtes Signal für eine Industrienation wie Deutschland, die von Innovationen lebt.“

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) dagegen kritisiert: „Die Große Koalition täuscht die Bevölkerung. Geradezu bühnenreif präsentiert sie das Stück ‚Gutes Fracking – schlechtes Fracking‘. Dazu benutzt sie die Fantasiebegriffe ‚konventionelles Fracking‘ und ‚unkonventionelles Fracking‘. Doch die Technik, die zur Ausbeutung verschiedener Gesteinsschichten verwendet wird, ist immer die Gleiche. Und gleich sind auch die Umweltschäden wie Grundwasserkontaminationen oder Erdbeben sowie die Gesundheitsbeeinträchtigungen. Das Ziel von SPD und CDU/CSU ist, die juristischen Hürden für Fracking-Vorhaben in Ticht-Gas-Reservoirs aus dem Weg zu räumen. Aufsuchungserlaubnisse und Betriebspläne sollen die Rechtssicherheit bekommen, die sie bisher nicht haben.“

Die Celler Wahlkreis-Abgeordneten, Henning Otte (CDU) und Kirsten Lüthmann (SPD), stimmten dem Gesetz zu. Otte gab eine persönliche Erklärung zu Protokoll. Er erachte die gefundene Regelung trotz seiner Zustimmung kritisch, „weil die technische Fortentwicklung zur Gewinnung von Energie als auch zur Verbesserung der Umweltbedingungen mit lediglich vier Bohrungen als nicht ausreichend gesichert erscheint.“

Überschwängliches Lob erhielt zwischenzeitlich die Celler Ratsfraktion „Die Unabhängigen“ auf der Lobbyisten-Seite „Erdöl und Erdgas in Deutschland“ für eine von ihr durchgeführte Podiumsdiskussion am 14. Juni in der CongressUnion. „Die Unabhängigen“ hatten vorher schon eine Ratsresolution angeregt, in der ursprünglich die Zulassung jeglicher Form des Fracking gefordert wurde. (Die letztlich verabschiedete Fassung forderte den Bundestag nur noch auf, überhaupt zu gesetzlichen Regelungen zu kommen.) Mit auf dem Podium auch Michael Kosinowski von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR). Deren Gutachten „Schieferöl und Schiefergas in Deutschland - Potenziale und Umweltaspekte“ diente zur Begründung des ursprünglichen Resolutionsentwurfs. Anfang Juli kam heraus: Seit den 1980er Jahren wird die BGR von der Industrie gefördert, so z.B. bei einer Studie, die Zweifel an Gorleben als Endlager zerstreuen sollte.

In der Celler Öffentlichkeit wurde das Gesetzespaket trotz der enormen Bedeutung der Unternehmen der Erdöl- und Erdgas-Serviceindustrie kaum kommentiert. „Es ist eine Entscheidung in die richtige Richtung. Sicherlich wird es die heimische Industrie langfristig zum Teil positiv beeinflussen, aber sicherlich auch keinen Boom auslösen“, meinte Wolfgang Genannt vom Celler Hightech-Netzwerk GeoEnergy gegenüber der CZ. Und weiter: „Einen Boom könnte es nur dann geben, wenn das Bohren im Schiefergas möglich sein würde.“ Daran werden die Fracking-Lobbyisten dann die nächsten fünf Jahre beharrlich arbeiten.



Bockelskamp

Hähnchenmastanlage wird nicht gebaut

Der Landkreis Celle hat die Genehmigung für die Hähnchenmastanlage Bockelskamp in der Gemeinde Wienhausen aufgehoben und ist damit einem Urteil des Verwaltungsgerichts Lüneburg zuvor gekommen. Damit darf die Anlage nicht errichtet werden. Die Rücknahme der Genehmigung geht auf eine Klage des NABU Niedersachsen zurück. Der Landkreis Celle hatte einem Hähnchenmäster im Januar 2014 die Genehmigung zur Errichtung einer Hähnchenmastanlage mit 84.000 Tierplätzen in Bockelskamp erteilt. Gegen diese Genehmigung hat der NABU Niedersachsen Klage beim Verwaltungsgericht Lüneburg eingereicht. Die mündliche Verhandlung sollte am 16. Juni stattfinden. Zwei Tage vor der mündlichen Verhandlung hat der Landkreis die Notbremse gezogen.

Der Grund für die Aufhebung der Genehmigung ist ein Hinweis des Gerichts, wonach der Landkreis die Klage verlieren wird, wenn er die Bescheide nicht aufhebt. Das Gericht stützte sich dabei zum einen darauf, dass der Landkreis bei der Beeinträchtigung eines gesetzlich geschützten Biotops die Öffentlichkeit im Verfahren nicht beteiligt hatte. Zum anderen war ein Gutachter in dem Verfahren sowohl für den Hähnchenmäster als auch für den Landkreis tätig, was nach dem Verwaltungsverfahrenrecht unzulässig ist.

Der NABU hatte in dem Verfahren aber nicht nur die formellen Gründe vorgetragen, die jetzt zur Aufhebung der Genehmigung geführt hatten. Er hatte auch geltend gemacht, dass es durch den Betrieb der Anlage zu unzulässigen Auswirkungen auf gesetzlich geschützte Biotope und ein europäisches Naturschutzgebiet kommt.

Der NABU Niedersachsen zeigt sich über den Ausgang des Verfahrens erfreut. „Abgesehen davon, dass diese Form der konventionellen Hähnchenmast mit artgerechter Haltung nicht zu tun hat, darf es nicht sein, dass dies dann auch noch gesetzlich geschützte Biotope gefährdet. Hier hat endlich mal die Natur gesiegt, die uns allen eine Lebensgrundlage bietet“, erklärt Dr. Holger Buschmann, NABU-Landesvorsitzender Niedersachsen.

In dem Verfahren war der NABU von dem Berliner Umweltrechtsanwalt Peter Kremer vertreten worden. Dieser ist optimistisch, dass es bei der Entscheidung des Landkreises bleibt: „Das Planungsrecht für industrielle Tierhaltungsanlagen hat sich in der Zwischenzeit geändert. Nach aktuellem Recht wäre die Anlage an diesem Standort ohnehin nicht mehr genehmigungsfähig.“

Der NABU konnte in dem Klageverfahren, wie auch in vielen anderen ähnlichen Fällen, auf die Unterstützung einer örtlichen Bürgerinitiative zurückgreifen. Dazu Elke Meier vom NABU Niedersachsen: „Dieses Verfahren ist ein schönes Beispiel für die fruchtbare Zusammenarbeit zwischen bürgerschaftlichem Engagement und Naturschutz. Der Bürgerinitiative gilt unser Dank für ihren großen Einsatz.“

Gewerbefläche Wietze

Verschleierung und Trickserei

Unter der Kapitelüberschrift „Gewerbeerschließung nach Maß“ hat der Landesrechnungshof in seinem jüngsten Bericht die Gemeinde Wietze kritisiert. Sie habe rd. 1,4 Mio. € EU-Fördermittel zur Erschließung eines Gewerbegebiets erhalten. Nach Abschluss der Erschließungsarbeiten siedelte sich entgegen den Förderbestimmungen nur ein einzelnes Unternehmen an - nämlich der Schlachtbetrieb „Celler Land Frischgeflügel“ des Rothkötter-Konzerns. Im Bericht heißt es:

„Nach den Bestimmungen der Förderrichtlinie ist eine sogenannte Erschließung nach Maß, die nur einem einzigen Unternehmen zugutekommt, unzulässig. Nach Feststellungen des LRH lag dem Zuwendungsantrag lediglich die Anfrage eines einzigen Unternehmens für die gesamte Gewerbefläche zugrunde. Der Antragstellerin war zu diesem Zeitpunkt bereits bewusst, dass die zu erschließenden Flächen nur einem einzigen Endnutzer zugutekommen würden.“

Darstellungen des Wirtschaftsministerium, wonach die geförderte Maßnahme auch eine Erschließung von Grundstücken des benachbarten Gewerbegebiets ermöglichen würde, wertete der Landesrechnungshof „als Schutzbehauptungen, die eine unzulässige Erschließung nach Maß verschleiern sollen.“

Wietzes Bürgermeister Klußmann echauffierte sich gegenüber der CZ: „Natürlich war Rothkötter der Auslöser, aber es sollen doch auch andere Gewerbeflächen erschlossen werden.“





----- 14.06.2016 -----

Aufgelöst

Das Celler Forum gegen Atomenergie hat sich aufgelöst. Der Kassenbestand in Höhe von 330 € wurde zu gleichen Teilen an „ausgestrahlt“, die „Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg“ und die „Regionalkonferenz AKW Grohnde abschalten“ gespendet.

----- 15.06.2016 -----

Panzer hurra

Anfang Juni bekam das in Bergen neu aufgestellte Panzerbataillon endlich auch seinen ersten Panzer. Rechtzeitig zum ersten „Bataillons-Appell“ vor rund 150 Gästen. „Mit dem von Soldaten gebrüllten Schlachtruf *„Wir kämpfen für Deutschland, wij vechten voor Nederlands - Panzer Hurra“* und den beiden Nationalhymnen klang der Appell aus.“ (CZ, 16.06.2016)

----- 15.06.2016 -----

Geschenk an Rheinmetall

Im Rahmen der Neuausweisung und Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes (LSG) „Südheide“ haben CDU, WG und FDP in der Kreistagssitzung am 15. Juni rund 1000 ha an Flächen aus dem LSG „ausgegrenzt“. Anträge der Grünen, Flächen im Landschaftsschutzgebiet zu belassen, wurden alle von der Mehrheitsgruppe mit Unterstützung der FDP abgelehnt. Insbesondere die Ausgrenzung einer 220 ha große Fläche in Unterlüß wurde vom umweltpolitische Sprecher der Grünen Kreistagsfraktion, Gerald Sommer, kritisiert: „Es handelt sich hier um ein Geschenk der CDU an die Waffenindustrie, weitere Wahlkampfgeschenke gingen an Landwirte.“

----- 23.06.2016 -----

Klirrrrr

Mit Steinen eingeworfen wurden im Vorfeld einer AfD-Veranstaltung fünf Fensterscheiben und eine gläserne Eingangstür des Hotels "Heidekönig" am Bremer Weg. In der Lokalität fanden bis dahin schon einige Veranstaltungen der "Alternative für Deutschland" statt. Sachschaden statt Dachschaden?

----- 23.06.2016 -----

Anschläge in Hambühren und Hermannsburg

In Hambühren und Hermannsburg gab es Anfang Juli zwei Anschläge, bei denen die Polizei ein rechtsextremistisches Motiv vermutet. Am 3. Juli ging das Haus einer Familie aus Hambühren in Flammen auf. Die Bewohner waren gerade im Urlaub, so wurde wenigstens niemand verletzt. In der Brandruine fand die Polizei Reste von fremdenfeindlichen Schmierereien. Gegenüber der CZ gab ein Polizeisprecher bekannt: *„Im Zuge der Ermittlungen fanden die Beamten im Wohnungsinnen Reste von Farbschmierereien, die auf einen ausländischerfeindlichen Inhalt hindeuten.“* Das und die Tatsache, dass die Bewohner*innen kurdischer Herkunft sein sollen, deutet wohl auf eine rassistisch motivierte Tat hin. Die Polizei ermittelt „in alle Richtungen“, wie es so schön heißt. Am 26. Juli früh morgens brannte perfider Weise noch das Kinderspielhaus, das von dem Feuer vor gut drei Wochen verschont geblieben war, ebenfalls nieder. Auch hier ist von Brandstiftung auszugehen. Genaueres wurde bis zu unserem Redaktionsschluss nicht mitgeteilt. - In der Nacht vom 16. auf den 17. Juli wurde in Hermannsburg eine Wohnung, in der Geflüchtete leben, angegriffen. Die beiden aus Eritrea stammenden Bewohner hatten noch Besuch, so dass die Fenster hell erleuchtet waren und von außen erkennbar gewesen sein muss, wer sich der Wohnung aufhielt. Der oder die Täter fuhrten mit einem Auto vor und warfen Pflastersteine gegen das Haus, einer durchschlug das Fenster, so dass eine der Personen, die sich in der Wohnung befanden, von Splittern verletzt wurde. - Die Celler Polizei geht von einem fremdenfeindlichen Hintergrund aus.

----- 10.07.2016 -----

Neben Nahtz?

3500 Landwirte waren am 30. Juni zu einer Abschlusskundgebung des Deutschen Bauerntages nach Hannover gekommen. Der Landwirt und CDU-Landtagsabgeordnete Ernst-Ingolf Angermann hatte dabei Pech. Als er sich mit dem „Celle“-Schild-Träger fotografieren ließ, rutschte doch glatt der bekennende Escheder Nazi Joachim Nahtz mit ins Bild – oder ist er#s etwa nicht? Und dann musste dieses Foto ausgerechnet noch als Blickfang für den Pressemitteilung des Landvolk Kreisverbandes im Celler Kurier erhalten. Die PM trug im Original übrigens die Überschrift *„Wir alle sind die Guten von nebenan.“* Da hat sich dann aber einer richtig gefreut.



----- 13.07.2016 -----

Stadt kriegt Ökostrom von Stadtwerken

Nach einer europaweiten Ausschreibung haben die Stadtwerke Celle von der Stadt Celle und der CD-Kaserne gGmbH den Auftrag für zwei Jahre Stromversorgung erhalten.

In den Jahren 2017 und 2018 werden die Stadtwerke Celle knapp 500 Abnahmestellen der Stadt Celle und der CD-Kaserne mit 100-prozentigem vom TÜV Nord zertifiziertem Ökostrom beliefern. Diese Versorgung umfasst einen Jahresverbrauch von rund 10,8 Mio. Kilowattstunden Strom. *„An der Ausschreibung haben wir uns ganz bewusst beteiligt, da wir als 100%ige Tochter der Stadt Celle kommunal agieren und gemeinsam eine nachhaltige und ökologische Unternehmensphilosophie verfolgen“*, sagt Thomas Edathy, Geschäftsführer der Stadtwerke Celle.

Der Partner der Stadtwerke in Sachen Ökostrom, das Hamburger Unterneh-

men KlimaINVEST, bestätigt: Der für die Celler Tarife Ex(Celle)nt Strom Basis und Ex(Celle)nt Strom Fix eingekaufte Strom ist nicht nur zu 100 Prozent echter Ökostrom aus Wasserkraft, sondern entsteht zudem in nachhaltigen Wasserkraftanlagen, die moderne Umweltstandards erfüllen und die an das europäische Stromnetz angeschlossen sind. Zusätzlich haben die Anlagenbetreiber keinerlei gesellschaftsrechtliche Verbindung zur Atomenergie oder Kohlewirtschaft. „Das bedeutet, dass wir für den gesamten Strom, den wir seit dem 1. Januar 2015 an unsere Stromkunden geliefert haben, vollständige Klimaneutralität erreichen“, so Edathy. Durch den Einsatz dieses Ökostroms werden in Celle 1.254 Tonnen CO2 klimawirksam vermieden.

----- 25.07.2016 -----

Rucksackterroristen

Für den Weinmarkt beschloss die Celler „Sicherheitsrunde“, bestehend aus CTM, der Polizei und der Stadt, folgende Sicherheitsvorkehrungen: „Wir bitten die Besucher der Veranstaltung, keine Rucksäcke oder großen Taschen mitzubringen. Sollte dies dennoch der Fall sein, so behalten sich unsere Sicherheitskräfte vor, diese näher in Augenschein zu nehmen.“ OB Mende bat gleichfalls darum, keine Taschen, Rucksäcke oder andere größere Gegenstände unbeaufsichtigt abzustellen: „In diesem Fall müssen die Besucher des Weinmarktes damit rechnen, dass wir die Veranstaltung auflösen und den Platz räumen müssen.“

Ja ja – Rucksacktouristen und Rucksackterroristen, das kann man schnell verwechseln.



Blick nach Links # 10

Sollte von Einigen unter uns, denen der letzte Kick zum Überlaufen aus der Carnivorenabteilung hinüber ins Reich der Pflanzenfresser fehlt, Hilfe gefragt sein, hier gibt es sie: www.lileks.com/institute/gallery/index.html.

In dieser Galerie mit dem hübschen Namen „Gallery of Regrettable“ (= Galerie bedauernswerter Speisen) sind Fotos aus Kochbüchern der 50er bis 80er Jahre verzamelt, denen, thematisch geordnet, durch ihre Authentizität gemeinsam ist, dass sie uns zunächst einmal höchst irritierend daherkommen. Unser Blick, längst an professionelles Food Styling gewöhnt, sucht vergebens nach Farb- und Formgebungen, die uns das Wasser im Mund zusammenlaufen ließen. Wir kramen in Erinnerungen, vielleicht in denen an Sonntagsmittagsfamilienessen: Hat der Schweinebraten wirklich so ausgesehen? Und die Sauce so glibbschig, klumpig und, naja, erdbraun?

Großartig auch die Beschreibungen, Deutungen, Kommentare der Rezepte und Fotos, wie frisch von der Kunsthistoriker*in, manchmal poetisch: Es gibt allerdings noch jede Menge Platz für die Bildung eigener Assoziationsketten.

„Celler Jung“

Um ein „Celler Jung“ (CellaVie 3. Ausgabe) zu sein, dazu muss man nicht unbedingt in Celle geboren werden. Minden/Westf. reicht hin. Die Grundschulzeit sollte dann aber möglichst in Köln (immer dieses Köln!) verbracht, das Abitur wiederum schon in Celle abgelegt werden, damit's dann auch was wird, mit den Celler Wurzeln und so. Militärische Karriere in Faßberg, München und Hamburg macht auch nix, dann vielleicht in einer Villa am Elbhänge heranreifen, zu eben einem „Celler Jung“.

Also: Streben Sie ein politisches Amt in einer Stadt an, die nicht Ihr Geburtsort ist? Lassen Sie sich nicht



Um sich eine genauere (analoge) Vorstellung von der unmittelbaren physiologischen Reaktion beim Anblick von historischen Speisen zu machen, sollte unbedingt ein Blick in den Topf über der Feuerstelle im Bauernhaus des Bomann-Museums riskiert werden; eine wunderbare Ergänzung zu der Abteilung „Meat! Meat! Meat!“ - und, Vorsicht, kann bei empfindsameren Gemütern durchaus die nächste Mahlzeit ersetzen.

entmutigen, denn in einem größeren Feldversuch hat sich 2009 gezeigt: Mit Münster geht das auch.

Andernfalls einfach Geschäftsführer eines Unternehmens bleiben, dessen Gegenstand es ist, sich z.B. mit dem Verwalten des eigenen Vermögens und mit dem Halten von Immobilien zu befassen (s. Revista Nr. 80). Ist ja auch was Ordentliches.



Wir lassen uns das Feiern nicht verbieten



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf link(s-radikal)e Laternen stehen in der Dämmerung beieinander und beginnen ein Gespräch.

Oma Lilo: Schau' mal. Liegt da hinten nicht ein Rucksack in dem Korb auf dem Fahrrad?

Die Dicke: Ja. Sieht so aus. Und?

Oma Lilo: Der ist allein.

Die Dicke: Ein einsamer Rucksack. Und?

Oma Lilo: Terrrrroooorgefahr. Da hat der Oberbürgermeister doch ausdrücklich gewarnt: „Wir bitten die Besucher der Veranstaltung, keine Rucksäcke oder großen Taschen mitzubringen. Sollte dies dennoch der Fall sein, so behalten sich unsere Sicherheitskräfte vor, diese näher in Augenschein zu nehmen.“

Die Dicke: Und du bist jetzt die Sicherheitskraft, oder was?

Der lange Lulatsch: Unserm Stahl wird das kaum etwas anhaben können.

Oma Lilo: Jetzt sei nicht zynisch. Es geht um Menschen.

Der lange Lulatsch: Ja. Darum geht es immer. In Syrien, im Irak, in Afghanistan und Pakistan, in der Türkei, in Israel und in Palästina.

Die Dicke: Der Zug-Attentäter von Würzburg habe den Vorsatz gefasst, so der leitende Staatsanwalt, „sich an den Ungläubigen zu rächen, dafür, was sie muslimischen Brüdern, Schwestern und Kindern angetan haben.“ Auslöser sei die Nachricht gewesen, dass ein Freund in Afghanistan ums Leben gekommen sei.

Der lange Lulatsch: Durch Drohnen und andere Luftangriffe der USA sind nach offizieller Schätzung in den Jahren 2009 bis 2015 bis zu 116 Zivilist*innen sowie 2.581 Kämpfer*innen vor allem in den Ländern Pakistan, Jemen, Libyen und Somalia getötet worden. Wohlgemerkt nur in Staaten, wo die USA offiziell keinen Krieg führen. Afghanistan, Irak und Syrien sind nicht Bestandteil dieser der Statistik.

Oma Lilo: Die größten Opferzahlen gibt es sicher in den Bevölkerungen von Syrien und Irak, die eben nicht nur dem IS-Terror ausgesetzt sind, sondern auch ihrer „Befreier“ aus den eigenen Reihen, aber besonders den Luftangriffen der Russen und der internationalen Koalition.

Der lange Lulatsch: In Syrien unter Beteiligung deutscher Tornados.

Klein Jonas: Why people kill people?

Oma Lilo: Der Westen operiert mit einer Macho-Politik, die Racheakte geradezu provoziert.

Der lange Lulatsch: Hollande verkündete nach dem Attentat von Nizza, Frankreich befinde sich nun „im Krieg“ mit dem IS. Es grenzt an Schwachsinn, das erst jetzt zu bemerken. Frankreich hat durch seine Bombardements in Syrien mit Sicherheit mehr „Unschuldige“ umgebracht als die Terroristen in Paris und Nizza. Wer in Syrien und im Irak Bomben abwerfen lässt, gilt als vernünftiger Staatsmann. Wer das in Ermangelung von Flugzeugen in Handarbeit erledigt, gilt als Terrorist.

Der Besserwisser: Die Anschläge machen den „Islamischen Staat“ schließlich und endgültig zum Feind von „uns allen“ – der zivilisierten Menschheit, zu einem Feind, der seine Vernichtung nicht nur verdient, sondern zum allgemeinen Bedürfnis macht. Der antiwestliche Terror der Dschihadisten schließt oben und unten, Staatsmacht und regiertes Volk im Westen perfekt zusammen.

Oma Lilo: Ja. Und die Dschihadisten nehmen den weltbeherrschenden Imperialismus des kapitalistischen Westens wahr als Kreuzzug der Ungläubigen gegen die muslimische Gemeinde – und als Macht des falschen Glaubens bekämpfen sie ihn.

Der lange Lulatsch: Auch nicht gerade Helle, will sagen: eine religiöse Wahnvorstellung. Denn nichts ist dem Kapital gleichgültiger als die Religion derer, mit denen man Geschäfte macht bzw. ausbeuten will.

Der Besserwisser: Na ja. Die Medien geben ihnen Futter. Die Attentate seien eine Kampfansage an „unseren Lebensstil“. „Wir alle“ seien angegriffen, nicht als Staatsbürger*innen, sondern – fundamentaler – als Menschen mit einer modernen Lebensauffassung. Die soll darin bestehen, dass wir den größeren Teil dieses Lebens, der ausgefüllt ist mit Arbeitsstress und der Jagd nach dem Geld, ignorieren und das Leben mit dem bisschen Freizeitvergnügen identifizieren, das danach noch bleibt. Ihren programmatischen Hedonisten stellt die Presse die rätselhaften und lustfeindlichen Selbstmordattentäter gegenüber, die angeblich nichts anderes wollen, als fremde Sünden wie Kaffee trinken, Fußball schauen und Musik hören nicht nur mit dem fremden, sondern auch noch mit dem eigenen Tod zu bestrafen. Aus Respekt vor den Opfern müssten „wir“ unseren Lebensstil gegen die todessüchtigen Attentäter verteidigen, indem wir nun erst recht Kaffee trinken, Fußball gucken und tanzen gehen. Der Staat bekommt in diesem Kulturkampf insoweit eine Rolle, als er natürlich nötig ist, um diesen wunderbaren Lebensstil zu schützen; wofür er wiederum unsere ganze Unterstützung im Kampf um die Selbstbehauptung seiner Macht im globalen Maßstab verdient. Die Bürger*innen, so die Presse, haben sich selbst als persönliche Feinde dieser Feinde des Westens zu verstehen und allen Ernstes zu glauben, dass es um ihren Lebensstil und Feierabend geht, wenn westliche Großmächten (und Russland) Bomben auf die vom IS gehaltenen Regionen werfen.

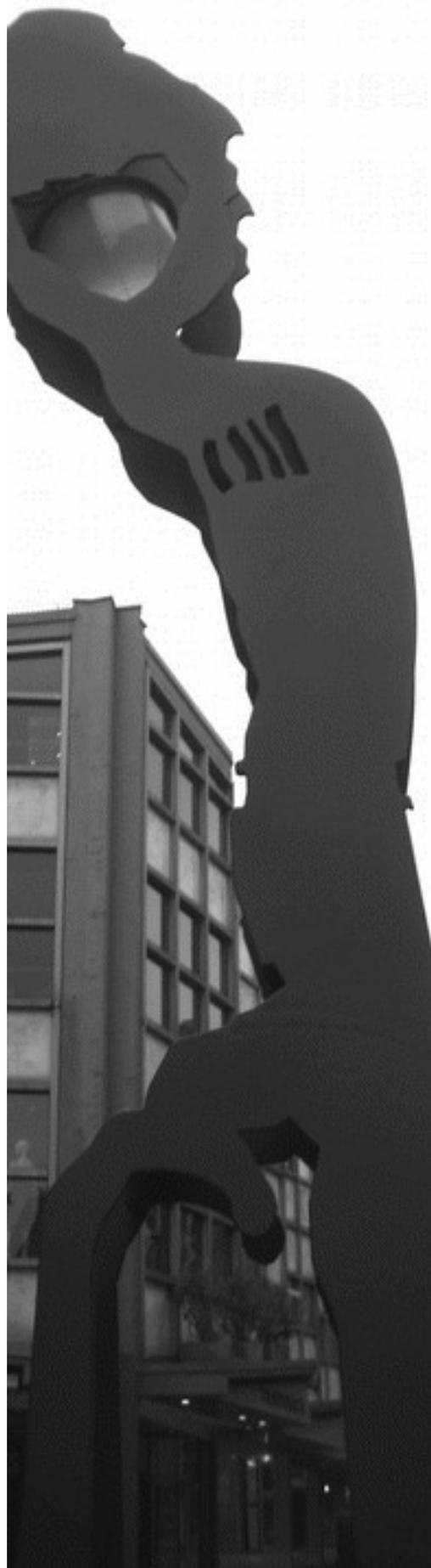
Die Dicke: Und es klappt. Fast unisono antworteten Weinmarkt-Besucher*innen bei einer CZ-Umfrage, sie würden sich doch ihr Leben nicht kaputt machen oder vom Terror regieren lassen. Sich einzuschränken komme nicht in Frage. Und Bernd Zobel, Aufsichtsratsvorsitzender der Celler Tourismus und Marketing GmbH: *„Wir dürfen uns das Feiern nicht nehmen oder beeinträchtigen lassen. Schließlich ist das Teil unserer Kultur.“*

Der Besserwisser: Vielleicht fragen sie sich ja bei einem Wein, in dem bekanntlich die Wahrheit liegen soll, was für ein eigentümlicher Feind dem Westen mit dem Islamischen Staat da erwachsen ist, was Frankreich, die USA und „wir“ an dessen blutigem Staatsgründungskrieg so ganz anders und so viel unerträglicher finden als an den anderen, die „wir“ fördern und ausnutzen – und worum sie im Nahen Osten mit ihrem Bombenkrieg ringen. - Ach nein. Das fragen sie sich bestimmt nicht.

Oma Lilo: Ach guckt mal. Das Fahrrad mit dem Bombenrucksack ist weg.

Klein Jonas: Damit ist eben eine grauhaarige Oma losgeradelt.

Die Dicke: Wer weiß, wo sie hin will mit ihrer Bombenfracht?



Rheinmetall-Aktien sind mit Blut getränkt

Friedensbewegung, Kritische Aktionär*innen, die Oppositionsparteien Linke und Grüne – alle brachten sie Mitte Mai ihren Protest gegen die Rüstungsexportstrategie der Rheinmetall AG lautstark zum Ausdruck. Anlass war die Hauptversammlung des Konzerns in Berlin. Wir dokumentieren Auszüge aus den Reden.

Christine Hoffmann, pax christi:

„Während weltweit 60 Millionen auf der Flucht sind, Bürgerkriege und Kriege die größte Fluchtursache sind, verdienen einige wenige am Krieg. Der Vorstandsvorsitzende der Rheinmetall AG, Armin Papperger verdient



sich mit Rüstungsexporten eine Goldene Nase – damit ist er ein Profiteur des Todes. Er gehört zu den sieben großen, deren goldene Nase die „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ am 26. Februar vor den deutschen Bundestag gestellt hat, denn Rüstungsexporte werden von der Bundesregierung genehmigt. Der Name Papperger stehe wie kein zweiter für die Weiterentwicklung der Defence-Sparte. Unter seiner Regie sei die

Internationalisierung des Geschäfts maßgeblich vorangebracht worden – so schreibt Rheinmetall selbst. Internationalisierung á la Papperger aber heißt die Schlupflöcher finden, welches Land die laschesten Richtlinien für Rüstungsexporte hat und dann von da aus per Joint Venture oder Tochterfirmen deutsche Waffen in Konflikte und Kriege liefern – dagegen richtet sich unser Protest!

Stoppt den Waffenhandel! Der Profit mit Rüstungsexporten ist Geschäft mit Terror und Gewalt made in Germany. Papperger ist ein Scharfmacher in Sachen Rüstungsexport. Er droht mit Abwanderung des Geschäfts, wenn Wirtschaftsminister Gabriel die Rüstungsexportpolitik restriktiv handhaben sollte. Die Bundeswehr ist für ihn Referenzkunde gegenüber Kunden, die mehr Geschäft versprechen – dazu gehören Katar, Saudi-Arabien und andere Ländern mit mehr als zweifelhafter Menschenrechtslage, dazu gehören Diktatoren. Als Qualitätsmerkmal gilt dabei, wenn die Waffen von der Bundeswehr im Einsatz erprobt wurden. Der Afghanistankrieg war so gesehen ein Geschenk an die deutsche Rüstungsindustrie – das ist schändliches Geschäft mit dem Tode!

Kürzlich lieferte Rheinmetall über ein Joint Venture mit einer Partnerfirma in Südafrika eine Munitionsfabrik nach Saudi-Arabien. In ein Land das eine Koalition des

Krieges im Jemen anführt. Munition, die Nachschub sichert, damit der Krieg nicht endet. Dagegen fordern wir: Stoppt den Waffenhandel! Denn: Im Jemen sterben täglich sechs Kinder; über 2,5 Millionen Menschen mussten ihre Häuser verlassen und sind auf der Flucht. Kinder werden als Soldaten rekrutiert oder als Wärter an Checkpoints eingesetzt – und in diesem Krieg kommen Waffen von Rheinmetall zum Einsatz – das ist ein Skandal! Wir fordern: Grenzen öffnen für Menschen. Grenzen schließen für Waffen!“

Lühr Henken, BA Friedensratschlag:

„Als ich vor hier drei Jahren zum gleichen Anlass sprach, kennzeichnete ich den größten deutschen Rüstungskonzern Rheinmetall als Konzern der Superlative! Denn er hatte vor drei Jahren den bis dahin größten Umsatz seiner Geschichte erzielt. Es waren damals 2,3 Milliarden gewesen. Heute sind es für 2015 sogar schon 2,6 Milliarden. Und das ist wieder ein neuer, wie ich finde, ein trauriger Rekord. Die Rheinmetall-Aktien sind mit Blut getränkt.

Dass dies Anlass zur Trauer ist, findet die Frankfurter Allgemeine Zeitung offensichtlich nicht. In ihrer Ausgabe vom 2. März findet sich im Finanzteil mit einem PLUS-Zeichen versehen, was eine gute Nachricht kennzeichnet, folgendes. Unter der vielsagenden Überschrift: „Wenn die Kanonen donnern“ lesen wir: „Unruhige Zeiten sind gute Zeiten für Rüstungskonzerne. Das bestätigen die Jahreszahlen, die Rheinmetall letzte Woche vorlegte. Mehrere Analysten gehen in ihren Berichten



davon aus, dass das Unternehmen auch künftig gute Geschäfte machen wird.“ Rheinmetall erwartet in diesem Jahr 2016 ein Umsatzplus von 7,7 Prozent auf 2,8 Milliarden Euro. Was dann wieder ein neuer trauriger Rekordwert wäre.

Worauf gründet der Optimismus der Rüstungssparte? Schon jetzt ist ihr Auftragsbuch mit 6,4 Milliarden Euro prall gefüllt. Aber der zusätzliche Optimismus speist sich aus der Erhöhung des deutschen Rüstungsetats unter von der Leyen. Er wächst in diesem Jahr um 1,4 Milliarden und soll um 5 Milliarden bis 2019 wachsen. Bis 2030

will von der Leyen 130 Milliarden für neue Waffen und Ausrüstungen ausgeben. Das sind 50 Milliarden mehr als bisher geplant.

Die deutsche Regierung strebt damit im Militärischen den Spitzenplatz in der EU an. Armin Papperger, der Chef von Rheinmetall, sagt, so eine schnelle Wende bei den Verteidigungsausgaben habe er noch nicht gesehen. Der Heimatmarkt sei ein wichtiger Markt für ihn. Papperger rechnet sich gute Chancen aus, ein großes Stück vom Kuchen abzubekommen. Der Umsatz im Inland von 700 bis 800 Millionen Euro könnte in den nächsten Jahren verdoppelt werden. Denn schließlich sei Rheinmetall der einzige Rüstungskonzern der Westlichen Welt, der alle Fahrzeuge „vom LKW bis zum Kampfpanzer“ anbieten könne. Verbesserungen bei bereits ausgelieferten Leopard 2, Transportpanzern Fuchs und Schützenpanzern Puma seien notwendig. Auch von neuen Fuchs und Puma für die Bundeswehr sei die Rede.

Von besonderer Bedeutung ist das Engagement von Rheinmetall in der Drohnentechnologie. Seit Jahren betreut Rheinmetall zusammen mit Airbus technisch die drei HERON 1 Aufklärungsdrohnen in Afghanistan. Zwei bis drei HERON 1 sollen zum Jahresende zusätzlich in den Norden Malis verlegt werden. Ein Novum ist, dass nun auch die technische Betreuung von Kampfdrohnen hinzu kommt. Denn die israelischen HERON TP, von denen die deutsche Luftwaffe ab 2018 drei bis fünf anmieten will, sollen auch von Rheinmetall und Airbus technisch unterhalten und vermarktet werden. Liebe Freundinnen und Freunde: Kampfdrohnen dürfen nicht angeschafft, sondern müssen geächtet werden!

Rheinmetall ist ein internationaler Konzern. 30 Prozent des Umsatzes macht Rheinmetall im Inland, 70 Prozent im Ausland. Rüstung wird in 38 Tochterfirmen und Beteiligungsgesellschaften hergestellt, die sich auf 17 Länder auf allen Kontinenten verteilen. Insgesamt 700 verschiedene Waffensysteme und Ausrüstungen hat Rheinmetall im Angebot. Das sind Waffen und Munition, Elektronik und Fahrzeuge.

Ich will abschließend nur einige wenige besonders brisante Exporte aus der Vielzahl der Rheinmetall-Aktivitäten herausgreifen. Alle aus jüngster Zeit. Nach Katar gehen 62 Leopard 2-Kampfpanzer und 24 Panzerhaubitzen 2000, wozu Rheinmetall die Panzerrohre und die Munition im Wert von 475 Millionen Euro liefert. Das Sultanat Oman will über 70 Leopard 2, einer ist schon



zur Erprobung dort. In Algerien entsteht eine Fabrik zur Herstellung von 1.200 Fuchs-Transportpanzern im Wert von 2,7 Milliarden Euro. Berichte, wonach Polizei und Militär in Algerien gewaltsam gegen Demonstrierende vorgehen, stören Rheinmetall und Regierende hierzulande kaum. Saudi-Arabien wird mit 200.000 Teilen Munition und 200.000 Handgranaten beliefert. Die Saudis führen Krieg im Jemen. Das neueste: Rheinmetall verhandelt in der Türkei über die Gründung einer Fabrik zur Herstellung von Militärfahrzeugen. Es ist Erdowahns Türkei, die einen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung in eigenen Land führt.

Liebe Freundinnen und Freunde, es ist höchste Zeit Rheinmetall zu entrüsten. Militärische Produktion muss in zivile Produkte konvertiert werden. Erfreulich ist, dass innerhalb von IG Metall und Ver.di Bewegung um Konversion wiederbelebt wird. Dies verlangt nach einer gesamtgesellschaftlichen Unterstützung. Die Friedensbewegung muss sich diese Frage mehr und mehr stellen. Entrüstet Rheinmetall! Stoppt den Waffenexport!“

Jubeldemo für Krieg

Am Montag und Dienstag, den 24. und 25. Oktober, findet in der CongressUnion erneut der CELLER TRIALOG statt. Motto dieses mal: „Sicherheit Dreidimensional: Diplomatie - Verteidigung - Innere Sicherheit“.

Die Tagung mit Teilnehmern aus der Rüstungsindustrie, der Bundeswehr und dem Verteidigungsministerium findet in Celle seit 2007 statt. Träger war zuletzt die „Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik e.V. (DWT)“. Ein Abriss über die bisherige Geschichte des Celler Trialogs findet sich auf den folgenden Seiten.

Zu den vergangenen Tagungen lag der Fokus des Protests auf mehr oder weniger spontanen Aktionen am ersten Tag, wenn die Teilnehmer*innen des Trialogs von der CongressUnion zu Dinner & Konzert zum Schloss gingen. Die Initiative „Land in Sicht / Transition (LIST)“ schlägt vor, dieses Jahr am Samstag vor der Tagung eine „Jubeldemo“ in der Altstadt zu veranstalten: „Wir halten es für sinnvoll, mal die Bevölkerung mit dem zu belästigen, was auf dem Trialog besprochen wird: grünes Licht für Kriege, Rüstungsexporte und die Militarisierung der Gesellschaft. Diese Agenda können wir mit einer subversiven Strategie „entlarven“, indem wir einfach mehr von all dem fordern: Der Tod ist ein Meister aus Deutschland. Subversive Affirmation nennen das die Soziolog*innen. Auch mit einer überschaubaren Teilnehmer*innenzahl können wir unseren Spaß haben und vielleicht der einen oder anderen Bürger*in die Augen dafür öffnen, warum des geht beim Celler Trialog.“

Zu einem Austausch über eine derartige Aktion lädt LIST ein für Dienstag, den 6. September, 19.30 Uhr, ins Bunte Haus.

Celle gegen TTIP, CETA und TISA

Lokales Bündnis gegründet

Anfang August will sich auf Einladung der Celler AT-TAC-Gruppe ein Bündnis gegen die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA in Stadt und Landkreis Celle gründen. Im Aufruf heißt es: „Obwohl selbst Teile der SPD das Projekt TTIP mittlerweile als „totes Pferd“ bezeichnen, wollen die Bundesregierung, die kanadische Regierung und die US-Administration TTIP und CETA noch dieses Jahr implementieren bzw. durchsetzen. Dem wollen wir mit breiten Bündnissen und massiven Demonstrationen begegnen, wohl wissend, dass die Abkommen von einer breiten Bevölkerungsmehrheit abgelehnt werden.“

Falls ihr dieses Heft noch rechtzeitig in die Finger bekommt. Die Gründungsversammlung ist am Dienstag, den 9. August, 18 Uhr in der DAA, Spörckenstraße 61.

Stop CETA & TTIP-Demo

Am 17. September: Bundesweite Großdemonstrationen in sieben Städten – für Celle am Nächsten ist die Demo in Hamburg. Im Aufruf heißt es:

„Nach der großen bundesweiten Demonstration am 10. Oktober 2015 mit 250.000 Menschen in Berlin und der Demonstration mit 90.000 Menschen in Hannover anlässlich des Treffens zwischen Obama und Merkel am 23. April 2016 haben wir den Druck auf die Bundesregierung und die EU-Kommission weiter erhöht. Mit Erfolg: Die TTIP-Befürworter/innen sind in die Defensive geraten.“



Doch jetzt hat der Entscheidungsprozess über das CETA-Abkommen zwischen der EU und Kanada begonnen. Die Unterzeichnung ist für Oktober geplant. Daran schließt sich die Beratung im Europäischen Parlament und die Ratifizierung im Rat sowie voraussichtlich in den Mitgliedstaaten an. Kommission und Rat wollen schnell Fakten schaffen. Ein wichtiger Meilenstein wird das Treffen der Handelsminister in Bratislava am 22. und 23. September sein. Dort soll der Weg für die Unterzeichnung und die vorläufige Anwendung frei gemacht werden.

Darum tragen wir unseren Protest am 17. September erneut auf die Straße!

Wir nehmen mit der Auswahl unserer Demonstrationorte die einzelnen Bundesländer die Pflicht! Denn die Landesregierungen müssen im Bundesrat über CETA entscheiden. Das Abkommen wird nur ratifiziert, wenn es in der Länderkammer eine Mehrheit erhält.

Wir fordern die Landesregierungen auf, CETA und TTIP nicht zuzustimmen!“

Auftakt der Demonstration ist um 12 Uhr auf dem Rathausmarkt.

Für die Fahrt mit dem Niedersachsen-Ticket müsste mensch also am Besten spätestens um 9.45 am Bahnhof sein, der Metronom nach Hamburg fährt um 10.06 Uhr, Rückfahrt um 15.57 oder 16.57 Uhr (bzw. je nach Gruppen-Gusto).

Celler Trialog – Entwicklung und Relevanz

Die Sicherheitskonferenz 2014 in München war geprägt von Gauck, Steinmeier und von der Leyen, die nicht müde wurden, die Verantwortung Deutschlands, sprich die Aufhebung der vermeintlichen militärischen Zurückhaltung, zu betonen. Dabei halten sie sich teilweise fast wörtlich an das Papier „Neue Macht – Neue Verantwortung“ (1), das im Vorjahr in einem Diskussionskreis zur Findung eines neuen außenpolitischen Elitenkonsenses formuliert wurde. Dieser Schritt in Richtung Großmacht bleibt allerdings eine hohle Phrase, wenn er nur auf der großen außenpolitischen Bühne verkündet wird. Ohne einen größtmöglichen Konsens und eine ideologische Offensive nach innen lässt sich diese Politik nicht lange durchhalten. Die kleinen Schritte zur Verkündung des eigenen Großmachtsanspruches – verkleidet in der Vokabel der Verantwortung – sind allerdings schon seit Jahren Thema auf kleineren Konferenzen und in Diskussionsforen, sowie im Bereich der Think Tanks.

Der Celler Trialog ist eine dieser wenig bekannten, aber deswegen nicht weniger bedeutenden Plattformen, auf denen vor allem der militärische Teil der deutschen Außenpolitik im ausgewählten Kreis verhandelt und weiterentwickelt wird. Mit dem Selbstverständnis als „Diskussionsforum für Außen- und Sicherheitspolitik“ treffen sich seit 2007 SpitzenvertreterInnen des Dreiklangs Militär, Politik und Wirtschaft in der beschaulichen norddeutschen Provinzstadt Celle.

Der 2008 verabschiedete Celler Appell nimmt dabei Teile der neuen Selbstdefinition als Großmacht sowie die Besinnung auf harte, vor allem wirtschaftliche, Interessen vorweg. Bereits 2008, im zweiten Jahr des Trialogs, wurde die Veranstaltung als „nationales Pendant zur Sicherheitskonferenz“ gehandelt. Im Gegensatz zur großen Schwester in München findet der Celler Trialog allerdings weitestgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Während bei der Sicherheitskonferenz die Reden und Podiumsdiskussionen im Fernsehen übertragen und in Sonderausgaben großer Tageszeitungen abgedruckt werden, gibt es zum Trialog in Celle nur dürftige Presse-

konferenzen und vereinzelte Redemanuskripte, die an die Öffentlichkeit gelangen. Selbst die Liste der TeilnehmerInnen ist für Außenstehende nicht einsehbar. So hielten sich die überregionalen Medien in der Berichterstattung über den Celler Trialog bis jetzt auch gepflegt zurück.

Initiiert wurde das Treffen im Jahr 2007 von Klaus-Peter Müller, dem Vorstandsvorsitzenden der Commerzbank und der 1. Panzerdivision des Heeres, die sich in diesem Rahmen allerdings als Vertretung des Verteidigungsministeriums und damit als militärische und politische Kraft versteht.

Trotz der Relevanz des Trialogs in den Jahren 2007 bis 2009 wurde die Veranstaltung 2010, im Zuge der Unstimmigkeiten über die laufende Bundeswehrreform, ausgesetzt. Nach dreijähriger Pause fasste sich allerdings der Celler Bundestagsabgeordnete Henning Otte ein Herz und belebte den Celler Trialog 2013 wieder.

Dieser Beitrag versucht Diskussionen, Anstöße und Akteure des Trialogs – soweit bekannt – zu benennen und Relevanz und Entwicklung des Trialogs unter wechselnden Vorzeichen zu bewerten.

Der erste Anlauf – 2007 bis 2009

Über den ersten Celler Trialog im Mai 2007 wurde in der Öffentlichkeit nicht viel bekannt. Er wurde wie in den Folgejahren von der Commerzbank, vertreten durch Klaus-Peter Müller und der 1. Panzerdivision, vertreten durch den Kommandeur General Langheld (ab 2008 General Kneip), ausgerichtet. Die Schirmherrschaft für diesen Zeitraum übernahm der damalige Ministerpräsident von Niedersachsen, Christian Wulff. Unter den rund 80 Teilnehmern (2) befanden sich der Generalinspekteur des Heeres, Hans-Otto Budde, der damalige außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion Eckart von Klaeden sowie der ehemalige BND-Chef und Staatssekretär im Innenministerium, August Hanning. Gemeinsam diskutierten sie vor allem über die öffentliche Vermittlung von Themen der Außen- und Verteidigungspolitik, die Unterfi-





finanzierung der Bundeswehr, Islamismus als Bedrohung und die Privatisierung von Teilaufgaben der Streitkräfte unter dem Stichwort „Public Privat Partnership“.

Im Juni 2008 lockte das Motto des Dialogs „Wirtschaft und Politik an der Seite der Bundeswehr“ bereits rund 120 Teilnehmer nach Celle. (3) Unter den Vortragenden und Diskutanten fanden sich unter anderen Verteidigungsminister Jung, Generalinspekteur Schneiderhan, der Vize-Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses Hans-Ulrich Klose und der Chefredakteur und Herausgeber der Fachzeitschrift *Griphan Global Security*. Zentrales Thema der Zusammenkunft war die „Vernetzte Sicherheit“ und damit einhergehend die Gestaltung der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit (ZMZ).

Commerzbankoffizier Müller begründet seine Forderung nach einem vertieften Schulterschluss zwischen Wirtschaft und Bundeswehr wie folgt:

„In einer vernetzten, globalisierten Welt ist politische und wirtschaftliche Stabilität ein wertvoller und wichtiger Wirtschaftsfaktor, der uns nicht preisgünstig zur Verfügung gestellt wird und den man nicht dauerhaft zu Lasten Dritter in Anspruch nehmen kann.“ (4)

Damit versuchte er, den angetretenen Wirtschaftsvertretern ihre Verantwortung für die Unterstützung der Bundeswehr schmackhaft zu machen. Dass er dabei keinesfalls den Eigennutz außer Acht lässt, macht Müller mehr als deutlich. So berichtet Müller, dass *„im Rahmen der militärisch-zivilen Zusammenarbeit einer unserer Mitarbeiter im Range eines Majors d.R. einer von drei Offizieren des Kreis-Verbindungskommandos Frankfurt“* sei. (5) Die Verbindungskommandos der Bundeswehr sind im Rahmen der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit für die lokale Koordination von Bundeswehreinheiten im Inneren zuständig und die Commerzbank hat somit im Fall der Fälle einen Fuß in der Tür. Um den Schulterschluss der Politik mit der Bundeswehr blumig zum Besten zu geben, war sich der spätere Bundespräsident Wulff für folgenden Satz nicht zu schade: *„Dies Land [Niedersachsen] ist ein ‚Bundeswehrland‘. Wir sehen die Bundeswehr als Friedensinitiative“*.

Das Rahmenprogramm bildete ein Dinner im Celler Schloss mit anschließender Serenade des Heeresmusikregiments am Abend des ersten Tages. Am Nachmittag des

zweiten Tages ging es auf den Truppenübungsplatz Munster, wo die 1. Panzerdivision in einem Übungsszenario zur Bekämpfung von Demonstrationen und Unruhen (Crowd and Riot Control) und einem Probeschießen mit dem G36-Sturmgewehr für die feinen Herren ihre Fähigkeiten unter Beweis stellen durfte. (6) Begleitet wurde der Dialog von einer kleinen Kundgebung vor dem Tagungsort CongressUnion, die gegen die Kriegskonferenz protestierte.

Der „Celler Appell“ ist das Abschlussdokument der Konferenz in 2008. (7) Darin wird sich geschlossen hinter das Konzept der Vernetzten Sicherheit gestellt. Bereits im ersten Absatz spielt die gestiegene Verantwortung Deutschlands in der Welt eine zentrale Rolle. So werden dann auch knallharte Interessen formuliert. Es heißt zum Beispiel: *„als rohstoffarmes, exportorientiertes Land ist Deutschland auf Stabilität und Sicherheit angewiesen.“* Um diese Interessen auch nach innen vertreten zu können, soll das *„Verständnis für Auslandseinsätze der Bundeswehr“* in der Gesellschaft verbreitert werden.

Über den allgemeinen Text hinaus enthält der Appell drei konkrete Maßnahmen:

1) Auf dem Celler Dialog, als jährliches nationales Forum, sollten eine *„Bestandsaufnahme vorgenommen und weitere Schritte beschlossen werden.“*

2) Ziel sei die *„Förderung der Reservisten in Industrie und Wirtschaft“*, sowie die *„Intensivierung der zivil-militärisch Zusammenarbeit“*.

3) Eine Stärkung des *„sicherheitspolitische[n] Dialog[s] auch in Forschung und Lehre“*, solle vor allem an den Hochschulen, *„z.B. durch die Einrichtung von Stiftungsprofessuren“* vorangetrieben werden.

Das durchaus noch immer lesenswerte Abschlussdokument enthält, komprimiert auf zwei Seiten, entscheidende Weichenstellungen für die Bundeswehrreform, die Positionierung Deutschlands als Großmacht auch im Bereich der militarisierten Außenpolitik und das weitere Eindringen eines kriegsbefürwortenden Sicherheitsdiskurses in breite Teile der Gesellschaft. Für die dritte Auflage der *„kleinen Sicherheitskonferenz“* 2009 kamen rund 160 Teilnehmer nach Celle. Damit verdoppelte sich die Besucherzahl innerhalb der ersten drei Jahre. Die Themenpalette reichte von der viel diskutierten Transformation der Bundeswehr über die Dauerbrenner Vernetzte Sicherheit, Zivil-Militärische Zusammenarbeit und Public Privat Partnership bis zur Diskussion über die Scharnierfunktion der Reserve zwischen Bundeswehr und Wirtschaft.

Aus dem Bereich Politik gaben sich Verteidigungsminister Jung, Innenminister Schäuble und diverse Bundestagsmitglieder sowie Mitarbeiter verschiedener Ministerien die Ehre. Die deutsche Wirtschaft war u.a. durch den BDI-Präsidenten Keitel und DIHK-Präsident Driftmann vertreten. Dazu kamen Strategen wie der Ex-NATO-General Naumann, der Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz Ischinger und diverse Generäle der Bundeswehr. (8) Während der BDI-Präsident den Rah-

men des Trialogs nutzte, um eine Lockerung von Exportbeschränkungen für die Rüstungsindustrie zu fordern, stellte Jung in seiner Rede, die Bedeutung des Trialogs heraus. Laut Verteidigungsminister lebt der Trialog „von einer praktischen Umsetzung der Ideen, die wir gemeinsam auf dem Treffen hier in Celle entwickeln.“

Auch wenn das Jahr 2009 bis jetzt eindeutig als Höhepunkt des Trialogs bezeichnet werden kann, war in überregionalen Medien wie in den Vorjahren kaum Berichterstattung zu finden. Nachdem der Trialog durch die Berichterstattung in einer Lokalzeitung überhaupt den Weg in die Öffentlichkeit gefunden hatte, wurden 2009 jedoch erstmals größere Proteste organisiert. Das „Bündnis gegen den Celler Trialog, Militarismus und Krieg“ schaffte eine überregionale Mobilisierung zu einer Aktionswoche mit Demonstration am Samstag vor der Konferenz mit 150 TeilnehmerInnen, diversen Veranstaltungen während der Woche und einer Kundgebung sowie vereinzelt Störaktionen am ersten Tag des Trialogs.

Kieler Trialog fällt ins Wasser

Bereits zum Ende des Trialogs 2009 wurde bekannt gemacht, dass die Konferenz im nächsten Jahr unter Mitwirkung der Marine in Kiel stattfinden solle. Grund dafür war die anstehende Einsatzvorbereitung der 1. Panzerdivision, die für 2011/12 als Leitdivision der Auslandseinsätze auserkoren war und damit keine Kapazitäten zur Planung und Durchführung des Trialogs hatte, weil sie sich auf ihr kriegerisches Kerngeschäft konzentrieren musste.

Für das Motto des Trialog 2010 in Schloss Salzau bei Kiel hatte die Marine sich ein passendes Thema gesetzt: „Handel und Wandel – Maritime Herausforderungen und nationale Interessen“. (9) Damit war klar, dass die seit Dezember 2008 laufende EU-Mission Atalanta zur „Piratenjagd“ am Horn von Afrika, sowie die öffentliche Debatte über Piraterie und Sicherheit der Seewege den Kern

der Diskussion ausmachen sollte. Als Rahmenprogramm war bereits eine Leistungsschau der Marine auf See angedacht.

Auch die Protestvorbereitungen schiefen nicht. Eine breite antimilitaristische Mobilisierung zu Protesten in Salzau und Kiel war bereits im Gange. Doch Ende Juni wurde der für September geplante Trialog vom Verteidigungsministerium plötzlich abgesagt. Offizielle Begründung war der radikale Sparzwang im Verteidigungshaushalt, was bei einer Tagung dieser Tragweite und Kosten von 22.000€ für das Verteidigungsministerium in 2009 (10) eher lächerlich erscheint. Wahrscheinlicher ist, dass die Entscheidungsträger in Ministerium und Bundeswehr zu diesem Zeitpunkt die Auseinandersetzung über den engsten Kreis hinaus scheuten. Die Transformation war in vollem Gange und über die Aussetzung der Wehrpflicht, Truppenreduzierung und Standortschließungen, über die heftig debattiert wurde, war noch nicht entschieden.

Wieder in Celle – Der Trialog seit 2013

Aus Reihen des BDI gab es bereits 2012 die Forderung nach einer Wiederaufnahme des Celler Trialogs, um offene Fragen zwischen Wirtschaft und Politik im Bereich Verteidigung und Rüstung zu diskutieren. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich Minister de Maizière mit eher polterigen Vorstößen zur bevorzugten Einstellung von ehemaligen Soldaten in der freien Wirtschaft und der Freistellung von ReservistInnen für die Nationale Sicherheit hervorgetan. 2013 fasste sich also der Celler Bundestagsabgeordnete Henning Otte (CDU) ein Herz und belebte den Celler Trialog wieder. Abgesehen von Namen und Tagungsort wurde der Rahmen allerdings von Grund auf neu gesteckt. Einladende waren nicht mehr Commerzbank und ein auserwählter Verband der Bundeswehr, sondern Henning Otte persönlich. Dafür kooperierte er mit der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik und der ihr angegliederten Studiengesellschaft. Die Liste der zusätzlich gewonnenen Unterstützer liest sich wie ein Who-is-Who der deutschen Rüstungsindustrie, aufgepeppt mit bundeswehrrahmen Verbänden, der DHL und kleineren Industriepartnern. (11)

Eingeladen von Henning Otte und der DWT trafen sich im Mai 2013 unter dem Motto: „Politik – Bundeswehr – Wirtschaft: Kooperation oder Konkurrenz?“ 153 TeilnehmerInnen zum Trialog in Celle, darunter erstmals zehn Frauen. Rund die Hälfte der Anwesenden kamen aus den Wirtschaftsbereichen Rüstung, Sicherheit und Kommunikation. Zentrale Akteure waren Verteidigungsminister de Maizière, Generalinspekteur Wieker, Staatssekretär im Verteidigungsministerium Beemelmann, der Vorsitzende des Bundeswehrverbands Kirsch, der Ehrenpräsident des DIHK Driftmann, sowie diverse Spitzenmanager der Rüstungsindustrie. (12)

Entsprechend dem Motto der Veranstaltung wurde vorwiegend über den demographischen Wandel und Fachkräftemangel in den Bereichen Bundeswehr und Verteidigungswirtschaft debattiert. Die Rede von de



Maizière zur Neuausrichtung der Bundeswehr bezog sich vor allem auf den Bereich Personalwesen, sprich die Gewinnung, Aus- und Weiterbildung von SoldatInnen und die Vermittlung von ausscheidenden ZeitsoldatInnen in die Wirtschaft. Die unkompliziertere Freistellung von ReservistInnen für die Nationale Sicherheit war eine zentrale Forderung de Maizières an die anwesenden Wirtschaftsvertreter. In vermeintlicher Einigkeit sprach de Maizière von einem „Kreislauf der Talente“ (13), während Rheinmetall-Vorstand Papperger forderte: „Der Austausch des Personals muss erleichtert werden.“ In diesem Rahmen übte er auch Kritik an der verordneten Karenzzeit von ehemaligen Generälen vor einem Wechsel in verteidigungsrelevante Wirtschaftszweige. Weiteres Steckenpferd der Rüstungsindustrie war die Forderung nach Erleichterung von Rüstungsexporten zum Schutz von Arbeitsplätzen in Deutschland und die Erhöhung des Rüstungsetats.

Der Trialog 2013 wurde erst zwei Wochen vorher öffentlich bekannt. Trotzdem kam es bereits im Vorfeld zu Protestaktionen wie einem Großtransparent an einem zentralen Kirchturm in Celle und gesprühten Parolen am Eingang des Tagungsortes, CongressUnion, sowie einem blutrot eingefärbten Brunnen auf dem Vorplatz. Am ersten Tag des Trialogs gab es eine Kundgebung mit Transparenten und Sprechchören vor der CongressUnion.

Am 17. und 18. September 2014 luden Otte und die DWT erneut nach Celle ein. Diesmal sollte der Leitspruch „Attraktivität nach Innen – Sicherheit nach Außen“ durch den Trialog leiten.

Mit rund 200 geladenen Gästen wurde 2014 ein absoluter Besucherrekord erzielt. Zentrale Figuren waren Generalinspekteur Wickert, Staatssekretäre aus dem Verteidigungs- und Wirtschaftsministerium, diverse Rüstungsmanager und als Vertretung für von der Leyen die neue Staatssekretärin Suder. Diskutiert wurden neben der aktuellen Großwetterlage - Ukraine und Russland, IS in Syrien und Irak und Cyberwar - vor allem die Anforderungen an und der Zustand der Rüstungsindustrie.

Die vorherige McKinsey-Unternehmensberaterin Katrin Suder machte sich bei ihrem ersten „öffentlichen“ Auftritt direkt daran, eine Kontroverse zu schüren und den Rüstungsmanagern in der erlernten Optimierungsrhetorik Feuer unter den Hintern zu machen. Suder sieht zu viele Anbieter für einen sinkenden Bedarf und schließt daraus: „Wir müssen eine größere Effizienz erreichen, bei Erhalt des Wettbewerbs, um gute Ergebnisse zu bekommen. [...] Der Anteil von 80% deutscher Produkte bei der Beschaffung der Bundeswehr ist in meinen Augen zu viel.“ (14)

Um diese Aussage weiter zu untermauern, bezog sie sich auf Projekte wie Smart-Defence und Pooling and Sharing, die dazu führen würden, dass nicht jede Nation im Bündnis alles können müsse. Angesichts dieser verbalen Offensive blieb Staatssekretärkollege Hoffe, ebenfalls aus dem Verteidigungsministerium, nur beschwichtigende Worte an die Manager zu richten indem

er beteuerte: „Wir sind voneinander abhängig, [...] Und wir sollten uns auch dazu bekennen!“ (15)

Bereits zwei Tage nach den Trialog ging Rheinmetall-Chef Papperger in der Süddeutschen Zeitung in die Offensive: „Wenn mein Land bei mir nicht kauft und mir gleichzeitig sagt, du darfst nicht exportieren, dann halte ich das nicht lange durch. [...] Wir haben zwei Alternativen: Entweder wir bauen weiter Kapazitäten und damit Arbeitsplätze ab, oder wir gehen ins Ausland.“ (16)

Angesichts der weiteren Entwicklungen kann der Celler Trialog 2014 als ein Startpunkt der aktuellen Initiative für die Erhöhung des Rüstungsetats gesehen werden, die im Folgemonat Oktober volle Fahrt aufnahm und in Wellen bis heute andauert. (17)

2014 gab es wieder eine Mobilisierung zu Protesten durch ein Bündnis aus Celle und Umgebung. Bereits im Vorfeld machte eine gut platzierte Aktion auf den Trialog aufmerksam. Bei einem Brecht-Stück zum Thema Demokratie, aufgeführt mit Bürgern als Statisten auf dem Schlossberg, entpuppte sich eine in der Choreographie vorgesehene Demonstration entgegen jeder Absprache als Protestaktion gegen den bevorstehenden Celler Trialog mit Transparenten, Schildern und Sprechchören. Am 1. Tag des Trialogs fand eine Dauermahnwache in der Nähe des Tagungsortes mit rund 20 TeilnehmerInnen statt. Die Proteste waren eher klein, aber die Bevölkerung kann nicht mehr behaupten, dass sie nicht wisse, was in der CongressUnion passiert. Und auch der eine oder andere Besucher des Trialogs wird sich wenigstens kurzfristig im glatten Ambiente gestört fühlen; so zumindest die Einschätzung der linken Zeitung revista aus Celle. (18) Dass die Proteste nicht spurlos an den Gästen des Trialogs vorbeigehen, zeigt dieser O-Ton einer Besucherin in Bezug auf einen Protestierenden, der sich ihr in den Weg stellte: „Das ist kein Gegner, das ist ein Opfer.“ (19)

Versuch einer Bewertung des Trialogs unter wechselnden Vorzeichen

Der Celler Trialog wurde 2007 ins Leben gerufen, um im Gegensatz zu diversen kleineren nationalen Foren einen jährlichen Austausch zwischen ausgewählten Spitzenvertretern aus Politik, Militär und Wirtschaft herzustellen. Inhaltliche Debatten, konkrete Arbeitsaufträge und die Selbstversicherung über einen Schulterchluss der drei Bereiche standen dabei im Vordergrund. Strategische Grundsatzfragen wie die Ausgestaltung des Paradigmas der Vernetzten Sicherheit, die im Weißbuch 2006 festgeschrieben wurde, und Eckpunkte der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit waren in den ersten drei Jahren zentrale Inhalte. Mit dem Celler Appell machten die Beteiligten deutlich, dass es bei der Zusammenkunft nicht nur um einen bloßen Austausch, sondern um konkrete Impulse in die Sicherheitspolitische Landschaft der BRD und die breite Gesellschaft gehen sollte. Die Ausrichtung der gemeinsamen Marschrichtung für das nächste Jahr war dabei entscheidender als die öffentliche Wahrnehmung der Veranstaltung in Celle als solche.

Die Tragweite dieser Konferenz wird deutlich, wenn man sich die personelle Zusammensetzung des Trialogs 2009 vor Augen hält. Es kamen nicht nur Abgeordnete und Staatssekretäre, sondern die jeweiligen Minister nach Celle. Aus der Wirtschaft waren neben diversen Firmenlenkern auch die Spitzen der beiden größten deutschen Industrieverbände anwesend und die Bundeswehr schickte neben dem Generalinspekteur auch noch die Inspektoren aller Teilstreitkräfte ins Rennen. Doch auf diesem Höhepunkt verabschiedete sich der Trialog unter nicht geklärten Umständen 2010 aus der Konferenzlandschaft.

Nach der Wiederaufnahme des Celler Trialogs 2013 unter Federführung von Henning Otte haben sich die Inhalte stark verschoben. Während bis 2009 übergeordnete Strategien im Bereich Außen- und Sicherheitspolitik im Fokus standen und an einem nationalen Elitenkonsens und konkreten Handlungsvorschlägen in den diskutierten Bereichen gearbeitet wurde, scheint der Trialog in der aktuellen Ausrichtung eher unter dem Vorzeichen eines nationalen Rüstungsgipfels zu stehen. Die VertreterInnen der Wirtschaft kommen vor allem aus den Bereichen Rüstung und Sicherheit. Eine grundlegende Debatte über äußere, aber auch über innere Sicherheit scheint nicht mehr statt zu finden. In den Debatten über Rüstung und die Kooperation von Wirtschaft und Bundeswehr ist eine starke Handschrift des Lobbyverbandes Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik zu erkennen, der Otte angehört. Grundsätzliche Debatten bleiben aber nicht aus.

So nimmt z.B. die Bundesakademie für Sicherheitspolitik einen stärker werdenden Platz in diesem Bereich ein. Dort ist Klaus-Peter Müller mittlerweile Beirat und nutzt den Rahmen, um die Relevanz der Einsätze der Bundeswehr für Ressourcensicherheit und Renditen zu betonen. (20) Was die Zusammenkunft der nationalen Eliten aus Wirtschaft und Politik in Celle angeht, ist der Verlust der Integrationskraft der Commerzbank und des Verteidigungsministeriums spürbar. Besonders deutlich wird die Verschiebung durch das Fernbleiben von Ideologen und Strategen im Bereich Außen- und Sicherheitspolitik. Insgesamt kamen seit 2013 trotz weiter steigender Besucherzahlen weniger Spitzenvertreter aus allen drei Bereichen nach Celle. Die einzige Gruppe, die einen massiven Zuwachs verzeichnet, sind die Vertreter der Rüstungsindustrie, die zuvor nur eine untergeordnete Rolle gespielt hatten. Der Trialog hat also zum jetzigen Zeitpunkt seine Kraft als Schmiede für grundlegende strategische, ideologische und praktische Impulse verloren. Als Veranstaltung, auf der die Spitzen der deutschen Rüstungsindustrie über grundlegende Fragen mit Vertretern aus Politik und der Spitze der Bundeswehr debattieren, ist der Celler Trialog allerdings nicht unbedingt weniger relevant und bleibt auch in seiner jetzigen Zusammensetzung und Ausrichtung hochgradig kritikwürdig.

Quelle: Deutschland: Wi(e)der die Großmacht, hg. von Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V., Tübingen 2015 - download unter: http://imi-online.de/download/grossmacht_web.pdf

Anmerkungen

- (1) Siehe Beitrag von Jürgen Wagner: „Deutschland (neue) Großmachtambitionen...“ in dieser Broschüre. (2) Reinhard Rohde: Celler Trialog – Analyse einer jährlichen Tagung des militärisch-industriellen Komplexes, Rosa Luxemburg Stiftung Niedersachsen, 2009 (3) Ebd. (4) „Celler Trialog 2008 – Wirtschaft und Politik an der Seite der Bundeswehr“, bmvg.de. (5) „Schulterschluss“, german-foreign-policy.com. (6) Programm des Celler Trialogs 2008; <http://cellertrialog.blogspot.de/images/Programm2009.pdf>. (7) Im Original ist der Celler Appell im Internet leider nicht mehr verfügbar. Er findet sich allerdings im Anhang der Studie von Rohde 2009. (8) Programm des Trialogs 2009, cellertrialog.blogspot.de. (9) „Rüstungstriumvirat am Pranger“, neues-deutschland.de. (10) „Warum das Kriegsministerium den Trialog versenkt“, cellertrialog.blogspot.de. (11) Im Programm für 2013 werden folgende Unterstützer genannt: Rheinmetall, Cassidian, Concilium - Strategic Interests, Deutscher Bundeswehr Verband, Diehl, Eurocopter, Förderkreis Deutsches Heer, Interessengemeinschaft Deutsche Luftwaffe, Kraus-Maffei Wegmann, MBDA – Missile Systems, Deutsche Post - DHL, Raytheon, Rohde & Schwarz und der Zentralverband Elektrotechnik- und Elektroindustrie. (12) Celler Trialog reloaded - „Masters of War“ zu Gast bei Henning Otte, in: revista, Nr. 65, Juni/Juli 2013, revista-online.info. (13) „Rede des Verteidigungsministers im Rahmen des Celler Trialogs“, bmvg.de. (14) „Mehr Professionalität im Rüstungsmanagement“, bmvg.de (19.9.14). (15) Ebd. (16) „Verbot von Rüstungsexporten – Kampfansage an den Minister“, sueddeutsche.de, 20.9.2014. (17) Mehr zur Rüstungsinitiative in der IMI-Analyse 2014/033, „Wohlfühlprogramm für die Rüstungsindustrie“ (18) Proteste des Bündnisses gegen den Celler Trialog, In: revista – linke zeitung für politik und kultur aus celle, Nr. 72, November/Dezember 2014, revista-online.info. (19) Ebd. (20) „Führungsmacht Deutschland“, german-foreign-policy.com.



Champions werden (nicht) in Trainingshallen gemacht

Die REVISTA OPEN 2016 war brillant besetzt und hat – wie nicht anders zu erwarten – TOP-Ergebnisse hervorgebracht. „*Je schwieriger ein Sieg, desto größer die Freude am Gewinnen*“, meinte der große Pelé. Wir können die Freude des diesjährigen Champs nur erahnen. Den REVISTA-Wanderpokal 2016 hat gewonnen (in Klammern das Ergebnis)



1. Schmidty (32)
2. Deti (37)
3. Ewu & Reinhard (39)
5. Kathrin & Bürger Müller (40)
7. Michael (43)
8. Chris, der Kaiser (44)
9. Jens (45)
10. Kirsten & Karl (49)
12. Dawn & Moni (51)
14. Conny (54)
15. Joachim (57)

Den Team-Wettbewerb ausgeloster Paare haben gewonnen:

1. Schmidty & Deti (Schnitt: 34,5)
2. Bürger Müller & Michael (41,5)
3. Kathrin & Chris & Dawn (45)
4. Reinhard & Conny (46,5)
5. Jens & Kirsten (47)
6. Ewu & Joachim (48)
7. Karl & Moni (50)

Die REVISTA dank allen Teilnehmer*innen. Es sind - unterm Strich - 120 Euro in unsere Kasse geflossen. Wir danken allen Spender*innen der GROSSARTIGEN Prei-



se. Und wir sind sicher, dass es bei der REVISTA-OPEN 2017 erstmals eine*n Gewinner*in mit einem Ergebnis unter 30 geben wird.

Aber allen, die schon jetzt das Training für 2017 aufgenommen haben, kontern wir mit einem Zitat des Größten, nämlich Muhammad Ali: „*Champions werden nicht in Trainingshallen gemacht. Champions werden durch etwas gemacht, das sie in sich tragen: ein Verlangen, einen Traum, eine Vision.*“



Im Wald und auf der Heide # 14

Noch mehr Neues vom Wahlkampf

Der Heidesänger Heinz Bövers brachte kürzlich auf dem Brandplatz, direkt vor dem Wahlkampfbüro des „Bündnis für Soziale Gerechtigkeit“ (BSG), seine zu Herzen gehende Hymne „Herrliches Celle“ zum Vortrag:

„*Wo die schönsten Blumen blühn, im stillen Allertal, des Schäfers Herden heimwärts ziehn, da liegt Celle wunderbar*“. Und: „*Französischer Garten, Du schöne Stadt am Fluß, herrliche Wellen, dir gilt des Sängers Gruß. Die alten Fachwerkhäuser im Herzen der Stadt, Fremder, oh staune, wer das geschaffen hat!*“

Dann ist da noch ist von Hengstparaden die Rede, von kühnen Rittern, Treue, Heide, Wald und Moor: Bövers verdichtet gewissermaßen alle Aspekte, die diese Stadt ausmachen, bis zur Abstraktion, mithin zur Wahrheit. Danke, Heinz!

Dieses hübsche Lied ist in voller Länge zu hören unter:

https://youtu.be/_18o7TxiwEE



Armut und Reichtum in Deutschland

Vortrag von Jens Berger

Wussten Sie schon, dass Sie statistisch über ein Vermögen von 214.000 Euro verfügen? So hoch war nämlich 2014 das durchschnittliche Nettovermögen eines deutschen Privathaushalts laut einer Erhebung der deutschen Bundesbank. Doch mit dem Durchschnitt ist das so eine Sache. Während die Hälfte der deutschen Haushalte zusammengenommen gerade einmal 2,5 % des Gesamtvermögens besitzt, befinden sich ca. 33% des Vermögens im Besitz von 1% der Haushalte - dabei ca. 17% im Besitz von 0,1% der Bevölkerung. Somit besitzt das Promille der „Superreichen“ siebenmal so viel wie die gesamte untere Hälfte der Bevölkerung zusammen - rund 40.000 Haushalte am oberen Ende verfügen also über siebenmal so viel Vermögen wie die 20 Millionen Haushalte am unteren Ende zusammen. In keinem anderen modernen Industrieland ist die Verteilung des Volksvermögens derart ungleich wie in Deutschland. Wie konnte es zu dieser ungleichen Vermögensverteilung kommen und welche Folgen ergeben sich daraus für unsere Gesellschaft?

Jens Berger aus Goslar ist freier Journalist und politischer Blogger. Seit 2007 betreibt er den von ihm gegründeten Blog Spiegelfechter. Seit 2011 ist er hauptberuflich Redakteur des bekanntesten deutschsprachigen Politblogs den NachDenkSeiten (NDS). Im März 2014 veröffentlichte Berger das Buch "Wem gehört Deutschland? Die wahren Machthaber und das Märchen vom Volksvermögen"



Di., 20. September, 18.30 Uhr – VHS, Trift 20 (Saal)

Veranst.: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Eintritt frei

Der NSU-Prozess: Was wurde aufgearbeitet - was bleibt offen?

Anfang dieses Jahres war von Gerichtsseite zu hören, dass der NSU-Prozess in München im Sommer beendet sein könnte. Dies hat sich nicht bewahrheitet: Im Moment sind Prozesstermine bis Anfang 2017 terminiert.

Als die diesjährigen Veranstaltungen des Celler Forums gegen Gewalt und Rechtsextremismus gemeinsam mit dem Diakonischen Werk Celle zum Themenkomplex NSU geplant wurden, waren sie als Reflexion und Resümee gedacht, nun werden wir sie eher als Zwischenbilanz betrachten können.

Die Protokolle des dritten Jahres – Film

Im dritten Jahr des Prozesses ging es vor allem um den Bombenanschlag in Köln, 15 Raubüberfälle, die Anfänge der rechten Terrorgruppe und die Frage: Was wussten die Geheimdienste? Wie schon in den Jahren zuvor dokumentiert das SZ-Magazin die Verhandlung mit Originaltönen, die gekürzt, aber sonst unverändert wiedergegeben werden.

Mittwoch, 6. Oktober, 19.00 Uhr im Kino 8 ½

Der Kuaför aus der Keupstraße (Film)

Im Mittelpunkt des Films stehen die Opfer des Nagelbombenanschlags vom 9. Juni 2004 in der Kölner Keupstraße, die schnell in den Augen der ermittelnden Behörden zu potentiellen Tätern mit Verbindungen zur Schutzgeld- oder Drogenmafia werden. Erst sieben Jahre später werden die wahren Täter enttarnt, die Rechtsterroristen des selbsternannten National-sozialistischen Untergrunds. Die Ermittlungen gegen die Opfer werden eingestellt, aber es haben sich tausende Seiten Ermittlungsakten angehäuft, die das skandalöse Vorgehen der Behörden dokumentieren. Der Kölner Filmemacher Andreas Maus hat Zugang zu diesen Akten und dokumentiert die Originalverhöre der Opfer und Ermittler in seinem Film.



Im Anschluss steht ein/e Vertreter/in der Initiative „Keupstraße ist überall“ für eine Diskussion zur Verfügung.

Montag, 10. Oktober, 19 Uhr, Kino 8 ½

Zu beiden Veranstaltungen ist der Eintritt frei.

„Ihr müsst aufwachen, abticken, abgehen, aufstehen“ (Holger Burner)

Wenn Nazis ihre Ruhe haben, machen sie weiter

Mit einem kraftvollen Auftakt haben sich die im Netzwerk Südheide gegen Rechtsextremismus organisierten Gruppen am 18.06.2016 eingestimmt: „Lautstark gegen Nazis“ wurde sich mit Redebeiträgen und Musik mit den Themen Nazis, sogenannte Brauchtumsfeiern, Rassismus etc. auseinandergesetzt, wobei der Fokus schwerpunktmäßig auf das Treiben in Eschede und den gesellschaftlichen Kontext von Rassismus gelegt wurde. Die lesenswerten Reden vom Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus und von Jens-Christian Wagner von der NS-Gedenkstätten-Stiftung sind unter <http://www.cellerforum.de> zu finden. Der Hamburger Holger Burner (Foto) sorgte mit seinen Songs „Dieser Track ist für alle meine Kämpfer und Kämpferinnen, macht euch bewusst, dass wir wunderschöne Menschen sind. Schrei es so laut, bis du es selbst auch begreifst, nichts ist so schön wie ein rebellischer Geist“ für gute Laune und auch mal ein bisschen kämpferische Stimmung. Es war auch schön zu sehen, wie das traditionell eher Ü-50 Publikum Spaß hatte mitzusingen und „abtickte“.

Nicht nur akustisch, auch optisch war die Kundgebung dieses mal deutlicher wahrnehmbar. An der Zufahrtsstraße hingen z.T. selbstgemachte Transparente, auf denen von „Nazis verpisst Euch“ bis „refugees welcome“ jede Menge Aussagen gegen Nazis, Rassismus, Ausgrenzung und für ein gleichberechtigtes Miteinander zu lesen waren.



Nur Nazis waren an diesem Wochenende nicht da.

Daher wurde am 25.06.2016 das Thema erneut von den im Netzwerk organisierten Gruppen aufgegriffen und „Lautstark gegen Nazis“ deren Standpunkt dokumentiert. „Wir haben keine Lust mehr, mehrmals jährlich diese Nazitreffen hinnehmen zu müssen, wir finden es beschämend, dass es nicht möglich sein soll, gegen diese „privaten“ Nazitreffen vorzugehen, und wenn es schon angeblich nicht möglich sein sollte: Warum wer-

den wir nicht näher an den Ort des Geschehens gelangen? Wenn das wirklich sooo gefährlich ist, dann fragt sich, warum das Treiben dort bei Nahtz immer so heruntergespielt wird. Und es fragt sich auch, ob die Sicherheitskräfte nicht Willens oder in der Lage sind mit so einer Situation umzugehen. Wenn es schon „von Amts wegen“ nicht möglich sein soll, das Treiben auf Hof Nahtz zu beenden, und das angeblich so bedauernswert ist, dann könnte man den Nazis doch das Leben schwer machen und ihnen ihr Fest verderben, wenn es uns ermöglicht würde, an den Hof Nahtz zu gelangen, um dort laut und deutlich zu sagen: „Schluss mit den Nazitreffen!“, so eine der Organisator*innen vor Ort. Und weiter: „Denn eins ist mal sicher: solange Nazis und Rassisten ihre Ruhe haben, machen sie weiter. Sicher ist auch, dass es durchaus mehr Möglichkeiten gibt, es ihnen schwer zu machen sich zu vernetzen und ihre „Brauchtumspflege“ als Bollwerk gegen „Umerziehung“ zu zelebrieren. Es ist eine Frage des Willens!“ So isses wohl.

Und so mussten die ca. 40 Teilnehmer*innen, die bei außerordentlichem Schietwetter verblüffend gute Laune und wie immer jede Menge Elan hatten, zusehen, wie die Nazis zu Nahtz fuhren. Während der Kundgebung zählten sie ca. 10 Fahrzeuge, am Ende sollen sich ca. 50 Nazis „privat“ getroffen haben, sich nicht nur zum Feiern, sondern auch zum Austausch, zur Vernetzung.

Und nach der Demo ist vor der Demo: Am 24.09.2016 werden die im Netzwerk Südheide gegen Rechtsextremismus organisierten Gruppen wieder eine Demo durchführen, Anlass ist dann das Erntefest, das von Nazis traditionell um die sog. „Tag- und Nachtgleiche“, also den Herbstanfang, feiern.

Start der Demo wird um 13 Uhr vor der Kirche sein, um den Zusammenhang zwischen Opfern rechter Gewalt und den Tätern, also den Neonazis und Rassisten, wieder herzustellen und durch den Startpunkt und den Endpunkt der Demo bildhaft deutlich zu machen. Zur Erinnerung: Vor der Kirche liegt der Gedenkstein für Peter Deutschmann, der 1999 von Escheder Neonazis erschlagen wurde. An der Kirche findet eine Auftaktkundgebung statt, in der Bezug auf Peter Deutschmann genommen wird, die Hauptkundgebung ist dann an der Kreuzung Am Dornbusch / Zum Finkenbergr. Ende gegen 17 Uhr.

Zeitgleich ist im Rathaus Eschede vom 16. 09. bis zum 04.10. die Ausstellung zu den Todesopfern rechter Gewalt seit 1990 zu sehen, die das Netzwerk Südheide gegen Rechtsextremismus vor einigen Jahren erstellt hat und die schon diverse Male gezeigt wurde, z.B. in Husstedt, Bad Nenndorf und anderswo.

Manfred Börm mietet bei Nahtz

Wie am Rande der Kundgebungen in Eschede bekannt wurde, hat das NPD-Bundesvorstandsmitglied Manfred Börm einen Mietvertrag über die "Veranstaltungsfläche" auf dem Hof Nahtz geschlossen. Im Jahr 2013 hatte Nahtz seine landwirtschaftlichen Flächen verkauft, sein Grundstück war dadurch auf etwa 5000 m² geschrumpft. Durch den Mietvertrag ist künftig Börm und nicht mehr Nahtz verantwortlich für die Neonazi-Veranstaltungen auf dem Hof Nahtz.

Börm wurde bereits in den frühen 1970er Jahren in der rechtsextremen Szene aktiv und beteiligte sich an Aktionen der rechtsterroristischen Untergrundorganisation „Wehrsportgruppe Werwolf“. Als „Gauleiter“ in Niedersachsen führte er die Wiking-Jugend bis zu ihrem Verbot 1994 mit an. Zu dieser Zeit verband ihn eine enge Freundschaft mit dem selbsternannten „Führer der Bewegung“ Michael Kühnen.

Ende der 1970er Jahre war Börm an einem Überfall auf ein Biwak niederländischer NATO-Truppen in Bergen-Hohne beteiligt und wurde dafür 1979 im „Bückeburger Prozess“ zu sieben Jahren Haft verurteilt.

1998 wurde Börm in der NPD aktiv und stieg rasch bis in den Landes- und Bundesvorstand der Partei auf.

Seit mehreren Jahren leitet Börm einen Ordnertrupp, der bundesweit NPD-Parteiveranstaltungen und Kundgebungen absichern soll. Häufiger gingen von diesen Personen Übergriffe auf Gegendemonstranten und Journalisten aus, die auch zu Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung führten. (Infos wikipedia)



„Gegen das Vergessen“

Zum Gedenken an Peter Deutschmann - vor 17 Jahren von Escheder Neonazis erschlagen

Am 09.08.1999 wurde Peter Deutschmann von zwei Escheder Neonazis in seiner Wohnung überfallen und so misshandelt, dass er am folgenden Tag an den Folgen verstarb.

Peter Deutschmann hatte sich verbal gegen das „Skinhead-Getue“ der beiden Escheder Neonazis Marco Siedbürger und Johannes K. zur Wehr gesetzt. Das reichte aus, um dafür totgeschlagen zu werden!

Aus Wut über die Kritik an ihrem neonazistischen Gehabe verschafften sich die beiden Täter Zutritt zu Peter Deutschmanns Wohnung, treten und schlugen auf den 44-Jährigen ein, misshandelten ihn mit Glasscherben. Sie zertrümmerten seinen Kehlkopf und fügten ihm zahllose Schlag- und

Schnittverletzungen zu. Um zu verhindern, dass Peter Deutschmann Hilfe holt, zerstörten sie das Telefon. Dann verschwanden sie und ließen das Opfer stark blutend und schwer verletzt zurück. Als Nachbarn Stunden später die Hilferufe hörten, kam jede Rettung zu spät. Peter Deutschmann starb im Krankenhaus an seinen schweren Verletzungen. Das Landgericht Lüneburg verurteilte im Januar 2000 beide Täter wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung mit Todesfolge zu einer fünfjährigen Jugendstrafe; einen politischen Hintergrund wollte es nicht erkennen.

Auf eine kleine Anfrage der damaligen Fraktion der PDS musste die Bundesregierung im Februar 2000, eingestehen, dass es bei der Tötung von Peter Deutschmann um ein vollendetes Tötungsdelikt mit fremdenfeindlicher Motivation handelte.

Wir wollen am 10.08.2016 um 17 Uhr in Eschede vor der Kirche an Peter Deutschmann gedenken.

Gleichzeitig wollen wir darauf aufmerksam machen, dass Neonazis immer noch Menschen bedrohen, verprügeln und töten. Wir wollen, dass Menschen hinschauen, wenn sich menschenverachtendes Reden und Handeln breit macht. Dass Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit als wirkliche Probleme erkannt und nicht kleingeredet werden.

Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus

Zweite Rundreise gegen Rechts

Das Netzwerk Südheide gegen Rechtsextremismus veranstaltet am 18.09.2016 seine zweite Rundreise gegen Rechts. Das Netzwerk will diesen Tag nutzen, um gemeinsam mit Freunden, Gleichgesinnten und Interessierten auf eine kleine Tour durch unseren Landkreis gehen, an Orte, die sonst nicht so oft besucht werden. An den einzelnen Stationen wird es Informationen über diese Orte geben.

Start ist um 11 Uhr in Wietzendorf auf dem Friedhof. Dort wird Detlef Rogosch informieren, dann geht es weiter nach Faßberg/Trauen. Dort wird um 12 Uhr Klaus Jordan am Rathaus einen Vortrag halten.

Zum Abschluss der Rundreise wird um 13 Uhr in Hermannsburg beim Stolperstein in der Lotharstraße (gegenüber dem Ludwig-Harms-Haus) an Irmgard Ruschenbusch erinnern. Die Großnichte von Ludwig Harms war im Alter von 45 Jahren im hessischen Hadamar im Rahmen der Euthanasieermorde in der NS-Zeit ermordet worden, weil sie an Schizophrenie erkrankt war.

Johanna Ottermann hatte als Mitglied von Irmgard Ruschenbuschs Familie und als Mitarbeitende des Netzwerkes "Ort der Vielfalt" die Verlegung des Stolpersteines angeregt. Vor fünf Jahren, im Oktober 2011 fand dies in einer bewegenden Feierstunde unter Mitwirkung der AG "Schule ohne Rassismus" der Christiansschule Hermannsburg statt.



Eine linksextremistische Drogenhöhle?

Im ersten Teil der Geschichte des Bunten Hauses ging es um die Vorgeschichte, also die Phase zwischen 1993 und 1996, als die „Initiative Naafi-Kulturhaus“ (INK) für ein selbstverwaltetes Zentrum kämpfte. Im zweiten Teil standen die Ausgestaltung des „Freiraums“ und die Bewältigung diverser Konflikte zwischen 1996 und 2000 im Mittelpunkt. Im dritten Teil soll es jetzt um die politische Konflikte zwischen 2001 und 2011 gehen, so dass wir tatsächlich im nächsten Heft noch einen vierten Teil machen müssen. Und dann resümieren wir die wunderbaren Sachen, die immer wieder im Zentrum passieren.

Mit dem alten Jahrhundert machte sich auch die erste Generation davon – up, up and away in die linken Biotope der großen Städte oder einfach nur an die Uni oder in den Job. Sie hinterließ ein gut bestelltes Haus: Im Jahr 2001 wurde mit finanzieller Unterstützung des „Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur“ (LAGS) im Obergeschoss der sogenannte „Kreativraum“ ausgebaut. Die ursprünglich angedachte Bastel- und Töpferstube wurde es nie; der Raum ist bis heute aber die „gute Stube“, in der Diskussions- und Filmveranstaltungen, Ausstellungen und Workshops durchgeführt werden. (Vor etlichen Jahren schon ist auch das Plenum vom Café nach oben „gezogen“ und seitdem rauch- und alkoholfrei.) In der Halle

entstanden durch eine Abtrennung ein Lagerraum für die Technik und die Fahrradwerkstatt (in letzterer ist heute der Umsonst-Laden) und darüber ein Bandprobenraum. Rund 200.000 DM wurden verbaut; ein wichtiges Faustpfand in den Verhandlungen um eine von der CD Kaserne angestrebte „Anpassung“ des Mietvertrages, denn: Die mit LAGS-Mitteln gebauten Räume müssen für 10 weitere Jahre sozio-kulturell genutzt werden. Die Verhandlungen waren trotzdem äußerst zäh, am Ende aber konnte das Bunte Haus seine Vorstellungen durchsetzen.

Zwischenzeitlich waren neue und überaus gut frequentierte Formate entstanden – etwa die Partyserie „Dekadance“ oder auch das Soli-Festival „Rock Da Haus“. Auch „Groß“-Veranstaltungen wie diese liefen inzwischen weitgehend stressfrei und sorgten zudem dafür, dass die finanziellen Engpässe der ersten Jahre nur noch selten auftraten – und wenn, dann bei der Jahresabrechnung der Energiekosten.

„Außen“ wurde das Bunte Haus in bestimmten Kreisen aber vor allen Dingen als linksextremistische Kaderschmiede wahrgenommen. Hieraus resultierten einige nervenaufreibende Konflikte – aber während die meisten Gegner*innen des Zentrums inzwischen ihre Sessel geräumt haben oder räumen mussten, ist seit 2010 endlich eine „Arbeit“ ohne gravierende Störfeuer möglich.

Nazis gründen „BI zur Schließung des Bunten Hauses“

Im Jahr 2000 formierten sich die Celler Neonazis zur sogenannten „Kameradschaft 73“, einer seinerzeit in der Szene beliebten Organisationsform. Der harte Kern von rund einem Dutzend Leuten rund um Klaus Hellmund und Dennis Bührig, die später bei Landtagswahlen für die NPD kandidierten, schloss sich sofort einer bundesweiten Neonazi-Kampagne gegen linke Zentren an. Sie formierten die „Bürgerinitiative zur Schließung des Bunten Hauses“, die zunächst vor allem über eine „Heimseite“ im „Weltnetz“ agierte. Aber sie wagten sich auch auf die Straße. Anfang November 2000 veranstaltete die „Bürgerinitiative“ erstmals einen „Info“-Stand in der Poststraße. Rund 70 Anti-Faschist*innen protestierten vor Ort: „Die Rückseite begrenzt durch ein Dessousgeschäft [...], die Seiten von zwei großen Mannschaftswagen, und schließlich auch die Front von einer doppelten Isolationskette aus grün und bunt gut verriegelt, blieben die Faschisten doch weitestgehend unter sich.“ [revista #07, Dez./Jan. 2000/2001]

Eine für Anfang September vom NPD-Vorstandsmitglied Danny Marquardt angemeldete Demonstration unter dem Motto „Gegen linksfaschistischen Terror auf Celles Straßen - Schließt das Bunte Haus“ war allerdings vom Veranstalter abgesagt worden. Dagegen ver-





sammelten sich aber knapp 200 Menschen zu einer antifaschistischen Kundgebung auf dem Kleinen Plan.

Im Jahr 2006 starteten die Kameradschaftsnazis noch einmal eine „Propagandaoffensive“. Zunächst waren für den 18. Januar Demonstrationen in Dortmund, Berlin, Karlsruhe und Celle angemeldet. Die Stadt verbot die Demo. Das Verbot hatte Bestand, weil der bundesweit agierende Anmelder Christian Worch eine formal erforderliche Klageeinreichung versäumte.

Im Februar führten sie einen Info-Stand auf dem Lauensteinplatz durch, weitere im Juni und Juli, um Unterschriften für eine Resolution zur Schließung des Bunten Hauses zu sammeln. Am 28. Oktober schließlich wollten sie unter dem Motto „Gegen linke Gewalt und staatliche Repression“ in Celle gegen antifaschistische Strukturen, das Bunte Haus wie auch gegen ein von der Polizei verhindertes Rechts-Rock-Konzert auf die Straße gehen.

Gegen den geplanten, aber verbotenen Naziaufmarsch demonstrierten auf einer von Bündnis '90/Die Grünen angemeldeten Demonstration etwa 130 Teilnehmer*innen vom Neuen Rathaus in die Triftanlagen. Etwa eine Stunde später fand dort eine Kundgebung der VVN/BdA mit etwa 250 TeilnehmerInnen statt; im Anschluss formiert sich eine Spontandemonstration, die über die Bahnhofstraße, Neustadt, Welfenallee, Heese, Wiesenstraße, Trüllering auf den Bahnhofplatz führt.

Für den 9. Dezember meldete erneut Worch aber an und zog diesmal erfolgreich vors Verwaltungsgericht. Und so liefen dann knapp 160 Neonazis durch den Stadtteil Heese. Dieser wurde von einem riesigen Polizeiauf-



gebot exklusiv für die Neonazis abgeriegelt. Für Protestierer*innen oder auch normale unbeteiligte Bürger*innen hieß es „Zutritt verboten“. An der Gegendemonstration gegen den Naziaufmarsch beteiligen sich knapp 1000 Menschen. Die Demonstration führt vom Neuen Rathaus in die Triftanlagen, wo u.a. Charly Braun für den DGB, Hans-Gerd Sundermann für den Ev. Kirchenkreis und Henning Otte für die CDU sprachen.

Wider die gemeingefährlichen Bestrebungen ewiggestriger Weltverbesserer!

Vielleicht hat es der Weltgeist gut gemeint mit dem Bunten Haus. Denn es sah sich durchaus auch von anderer Seite Angriffen ausgesetzt. Aber so machte sich mit den Neonazis gemein, wer am Bestehen des Zentrums rüttelte. Versuche gab es trotzdem einige.

Am 20. Februar 2002 fand im Haus eine Veranstaltung zum Thema „Verboten ist, den Frieden zu verbieten! 8 Jahre PKK-Verbot sind genug!“ statt. Organisiert wurde sie gemeinsam von der Unabhängigen Antifa Celle (UAC) und der Kurdistan Solidarität Uelzen. Als Referent*innen traten Monika Morres von AZADI – Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden e.V. (Köln) und Olaf Meyer von der Kurdistan Solidarität Uelzen auf. Anlass war ein vor dem Celler OLG stattfindender Prozess gegen einen PKK-Politiker.

Celles Polizeichef Gerd Schomburg behauptete anschließend, dass sich zu der Veranstaltung „Staats- oder Verfassungsfeinde“ oder „linke und ausländische Extremisten“ getroffen hätten und Polizeibeamten der Zutritt verwehrt worden sei. Dabei hatten letztere, nachdem ihnen mitgeteilt worden war, dass die Teilnehmer*innen gern ohne Polizei diskutieren würden, diesen Wunsch respektiert. Gewissermaßen als Kontrollinstanz saßen dann Gisela Holtkott von der Geschäftsführung der CD-Kaserne und die Aufsichtsratsvorsitzende der CD-Kaserne, Karin Hogenkamp (CDU), im Publikum. Letztere befand gegenüber der CZ, dass bei der Veranstaltung „starker Tobak“ geboten worden sei.



Die Polizei eröffnete schließlich Ermittlungsverfahren gegen mehrere Personen. Herhalten musste dafür ein Transparent, das während der Veranstaltung aufgehängt wurde, mit der Aufschrift: „Weg mit dem Verbot der PKK! Der kurdische Befreiungskampf lässt sich nicht verbieten!“ Auf dem Transparent war zusätzlich das Symbol der in Deutschland verbotenen Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) abgebildet. Selbstverständlich war das verbotene Symbol überklebt. Deshalb war kein Verstoß gegen das Vereinsgesetz gegeben, was



am Ende auch das Ergebnis der Ermittlungen war.

Das Bunte Haus wehrte sich satirisch. Es gründete sich (siehe Foto oben) die „Gesellschaft zur Bewahrung der Gedanken der Bismarckschen Sozialistengesetzgebung“, um ein Zeichen gegen die vom sogenannten „Bunten Haus“ ausgehenden gemeingefährlichen Bestrebungen zu setzen. In einer Pressemitteilung heißt es: „Im Zusammenhang mit der Veranstaltung zum PKK-Verbot wurde den Behörden ein Foto zugestellt, das eindeutig zeige, „dass etwa 7-9 % des nur zu erahnenen, wie aber ja zu lesen ist, verbotenen Symbols noch zu sehen sind“. Da mit einer sofortige Schließung des Bunten Hauses nicht zu rechnen sei, wollte die Gesellschaft dem Bunten Haus spontan einen Stuhl mit der Aufschrift „Reserviert für VS und Staatsschutz“ übergeben. Doch fühlte sich in der „basisdemokratischen“ Einrichtung niemand zuständig, man stand vor verschlossener Tür. Schließlich erlaubte sich die Gesellschaft, der Aufsichtsratsvorsitzenden der CD Kaserne, Frau Hogenkamp, eine Zigarre zukommen zu lassen, um so ihren Einsatz zu würdigen und ihren Sinn für „starken Tobak“ zu schärfen. Wir werden nicht ruhen, erklärte ein Sprecher der Gesellschaft, bevor in unserer lieben Herzogstadt wieder alter Väter Sitte und Ordnung, statt Chaos, Anarchie und Meinungsfreiheit regieren.“

Die Schomburg-Years

Damit waren die „Schomburg-Spiele“ offiziell eröffnet. Der Polizeichef hatte – wie man/frau so sagt – das Bunte Haus auf dem Kieker. Was im positiven Sinn dazu beitrug, dass das Zentrum in Sachen Jugendschutzgesetzgebung präventiv viel aufmerksamer die eigenen Regeln durchsetzte, wozu bei „Groß“-Veranstaltungen das Engagement von „Security“ ebenso gehört wie das konsequente Vorgehen gegen Versuche, im Zentrum Drogen zu verkaufen. Und deshalb lief auch der nächste groß angelegte Versuch Schomburgs in Leere.

Am 2. Februar 2008 titelte die Cellesche Zeitung; „Organisierte Gewalt“ im Bunten Haus Polizei besorgt über Entwicklung / Beamte beobachten Linksextremismus und Drogenpartys in autonomem Zentrum“. Im Artikel hieß es:

„Sorgen bereitet der Celler Polizei das Bunte Haus auf dem Gelände der CD-Kaserne. „Es gibt dort extre-

mistische Aktivitäten“, sagt Gerd Schomburg, Leiter der Polizeiinspektion Celle. In den vergangenen drei Jahren hat sich das Haus von einem Treffpunkt der belächelten „Kinder-Antifa“ zu einem Objekt entwickelt, das für die Beamten höchst interessant ist. Drogenkonsum, gewaltbereite Linksextreme - im Bunten Haus, das mit öffentlichen Mitteln gefördert wird, würden die Beamten sich gerne öfter einmal anschauen. Das geht aber anders als in allen anderen Lokalen nicht - die Polizei hat im Bunten Haus Hausverbot.“

Die Cellesche Zeitung versuchte gerade, mit Boulevard-Journalismus die Auflage zu stabilisieren. Dass die ungeprüfte Übernahme der Aussagen Schomburgs nichts anderes war als „üble Nachrede“, schien sie nicht zu interessieren. Schomburgs Argumentation ging in etwa so: Er machte einfach für Aktivitäten von autonomen Antifaschist*innen in Celle das Bunte Haus verantwortlich, weil sich diese dort trafen. Auch ein „Clowns-Army“-Workshop im Zentrum galt ihm als „Linksextremismus“, weil diese bei Castortransporten die Polizei provozieren würden (und auch – siehe unten – bei Aktionen gegen einen Nazi-Stand in der Altstadt agierten). Anlass der Kampagne war aber eine „Goa-Party“, wo anscheinend



allein schon das Motto beim Polizeichef zu einer Pupillenvergrößerung führte.

Das Bunte Haus reagierte zu jedem einzelnen Punkt mit einer ausführlichen Stellungnahme:

„Wir finden es in hohem Maße beunruhigend, dass sich die Celler Polizei in den Dienst der Kampagne der gewalttätigen und rechtsextremistischen "Kameradschaft 73" stellt und ein seit 12 Jahren erfolgreich arbeitendes sozio-kulturelles Zentrum gewissermaßen zum Abschluss freigibt. Das alles geschieht mit völlig haltlosen Unterstellungen, die keinerlei faktischen Bezug zur tatsächlichen Arbeit des Zentrums haben.

So führt die Polizei z.B. den Begriff "organisierte Gewalt" gegen das Bunte Haus ins Feld. Im deutschen Strafgesetzbuch wird man diesen Begriff vergeblich suchen, denn gewöhnlich bezeichnet man so Gewaltmaßnahmen im Rahmen kriegerischer Auseinandersetzungen. Die Verwendung durch die Celler Polizei ist insoweit rein ideologisch und diffamierend.

Unterstellt wird eine Identität von Buntem Haus und Antifa. Das Bunte Haus hat dies immer zurückgewiesen, weil diese In-Eins-Setzung nicht zutrifft. Es gibt im Bun-

ten Haus unterschiedlichste Nutzer- und Besuchergruppen. [...]

Der Vorwurf von Drogenpartys schließlich ist skandalös, insoweit unterstellt wird, das Bunte Haus fördere Drogenkonsum. Das Gegenteil ist der Fall. Es dürfte nicht viele Einrichtungen in Celle geben, in denen durchgängig alle alkoholfreien Getränke erheblich billiger sind als Bier. Und selbstverständlich wird der Konsum von illegalen Drogen im Bunten Haus nicht geduldet.

Am Wochenende der so genannten "Drogenparty" machte die Polizei im gesamten Stadtgebiet groß angelegte Kontrollen; ohne Ergebnis wie die CZ berichtete. Im Übrigen dürften der Polizei die wirklichen Brennpunkte des Drogenkonsums und -handels bekannt sein. Das Bunte Haus ist das nicht.“ (Beschluss des Außerordentliche Plenums vom 16.2.2008)

Am 21. Februar titelte die CZ jedoch: „*Druck auf Buntes Haus in Celle wächst*“. Jetzt schaltete sich auch Oberbürgermeister Martin Biermann ein: „*Mit ernstesten Konsequenzen für das, was in ihm vorgeht und von ihm ausgeht, hat das Bunte Haus auf dem Gelände der CD-Kaserne zu rechnen. Nachdem Celles Polizeichef Gerd Schomburg am Dienstag dem Verwaltungsausschuss seine Erkenntnisse über den Szene-Treff vorgetragen hat, zeigt sich Oberbürgermeister Martin Biermann erschüttert und entschlossen. Das Bunte Haus sei sehr wohl für Aktivitäten seiner Nutzer verantwortlich zu machen, so Biermann.*“

Zu den Wenigen, die sich in dieser Rufmord-Kampagne seriös verhielten, gehörte der Geschäftsführer der CD-Kaserne, Kai Thomsen, der aus den Vorwürfen des Polizeichefs ausdrücklich keinen Kündigungsgrund ableiten wollte.

Aber Schomburg gab keine Ruhe. Als im September 2009 ein Besucher eine Punk-Konzerts auf dem Hof vor dem Bunten Haus durch Schläge verletzt worden und von der Haus-Crew zur Erstversorgung in den Flur gebracht worden war, verlautbarte die Pressestelle der Polizei: „*Der angetrunkene Mob hat über einen Zeitraum von 10 Minuten eine fachkundige Hilfe des Verletzten durch die Polizei verhindert. In dieser Zeit hätte der Mann schweren Schaden nehmen können.*“ (PM,

19.09.2009)

Nichts daran stimmte, wie der Reaktion des Bunten Hauses zu entnehmen ist: „*Der sofort gerufene Krankenwagen kam binnen kurzer Zeit, zehn Minuten vor den über die Rettungsleitstelle informierten Polizeibeamten, an. Die Sanitäter waren bereits dabei, den Verletzten zu versorgen, als die Polizei eintraf. Einigen Anwesenden schien es wenig sinnvoll, die Polizei in den ohnehin engen Treppenhausbereich zu lassen. Hier kam es zu einer verbalen Auseinandersetzung von Einzelpersonen mit den eintreffenden Polizeibeamten, die daraufhin den Flur wieder für die dort arbeitenden Sanitäter freigaben.*“ Das alles bestätigte die Polizei 50 Stunden später. Aber die CZ hatte wieder einen Aufmacher.

In der Novemбераusgabe der revista forderten wir daraufhin: „*Sprechen wir mal aus, was sich sonst niemand zu sagen traut: Celles Polizeichef Gerd Schomburg muss seinen Posten räumen. Dabei ist es egal, ob er an irgendeinen hannoverschen Schreibtisch aufsteigt oder in Frühpension geschickt wird. Er ist nicht länger tragbar.*“

Zwei Wochen später hatte Schomburg seinen Celler Schreibtisch geräumt und einen neuen Job in der Verfassungsschutz-Abteilung des Niedersächsischen Innenministerium angetreten. Es wäre sicher vermessen, das auf unsere Berichterstattung zurückzuführen. Der Celleschen Zeitung, die sich immer vor Schomburg Karren spannen ließ, war dies – interessanterweise – keine Zeile wert .

Es ist im Nachhinein erstaunlich, wie eine ausschließlich ehrenamtlich und im Kern von Jugendlichen geführte Einrichtung sich dieser über Jahre gehende Kampagne erwehren konnte.

Business as usual

Seit dem Abgang von Schomburg ist Ruhe im Karton. Und vor fünf Jahren, dann schon unter Oberbürgermeister Mende, half die Stadt dem Zentrum unbürokratisch aus der Klemme, als ein kostenaufwändiges Brandschutz-Update anstand, ohne das eine zwischenzeitliche Stilllegung unausweichlich gewesen wäre. Die Verbindungen zu CD-Kaserne und Stadt Celle sind seitdem weitgehend stressfrei – halt so wie es sich für Mieter*innen und Vermieter*innen gehört.





Kino 8 1/2 im Aug./Sept.

jeweils Freitag
und Samstag
um 20.30 Uhr



19. und 20. August

Vor der Morgenröte - Stefan Zweig in Amerika

Der österreichisch-jüdische Schriftsteller Stefan Zweig (1881-1942) reist 1936 zum PEN-Kongress nach Buenos Aires. Auf der Reise wird der Exilant von vielen Seiten bedrängt, die Barbarei des Nazi-Regimes öffentlich zu verurteilen, was den überzeugten Pazifisten in einen Konflikt stürzt: Weder will er sich für einen Krieg aussprechen noch hält er eine Widerstandsgeste ohne persönliches Risiko für sinnvoll. Detailreiches Biopic, das in epischer Breite die Argumentationslinie der Hauptfigur nachvollziehbar macht. Durch die Last der Dialoge bisweilen eher theaterhaft, gelingt es vor allem dank des furiosen Hauptdarstellers, Zweig zum Leben zu erwecken.

D/F/Ö 2016, Kinostart: 2.6.2016, 106 Minuten

auch Mi., 24. August, 19.30

26. und 27. August

Bastille Day

Zwei höchst gegensätzliche US-Amerikaner, ein CIA-Agent und ein junger Taschendieb, müssen gemeinsam in Paris einer Bombenlegerin auf die Spur kommen. Sie stoßen auf ein Komplott, mit dem die Ängste der Stadtbevölkerung geschürt werden soll, um am Jahrestag des Sturms auf die Bastille Chaos hervorzurufen. Der brillant choreografierte Actionfilm lässt das eigentliche Ziel der öffentlichen Verunsicherung lange im Dunkeln, glänzt dafür aber mit packenden Stunts, hoher Spannung, ungewohnten Paris-Bildern und zwei erfrischenden Darstellern, die dem Buddy-Movie Esprit und Vitalität verleihen.

USA/GB/F 2016, Kinostart: 23.6.2016, 92 Minuten

02. und 03. September

Nur Fliegen ist schöner

Ein von Ehe und Beruf unausgefüllter 50-jähriger Mann will in einem Kajak eine Flusstour südlich von Paris unternehmen. Als er an einem idyllischen Gasthaus strandet, lassen ihn Zufälle und Missgeschicke seinen Aufenthalt verlängern, zumal er sich sowohl zur Wirtin als auch zu ihrer jungen Bedienung hingezogen fühlt. Sympathische, gut gespielte Sommerkomödie mit leicht märchenhaften Zügen,

die vom Ausbruchversuch eines zaghaften Neurotikers aus dem Alltag erzählt.

Frankreich 2015, Kinostart: 19. Mai 2015, 105 Minuten

09. und 10. September

Wiener Dog

Vier Episoden über die *Conditio humana*, die mit sardonischem Witz von Entfremdung, Kommunikationsunfähigkeit, Ressentiments, Krankheit, Lebenslügen, Gier und Versagensangst in den USA erzählen. Dabei ist jede Episode bestimmten Lebensphasen zugeordnet: Kindheit, junges Erwachsensein, späte Berufstätigkeit, Rentenalter. Die mit abgründigem Humor und scheinbarer ideologischer Indifferenz inszenierten „Erzählungen“ beziehen sich ausdrücklich auf Robert Bressons Klassiker „Zum Beispiel Balthasar“ (1965), überbieten aber dessen desillusionierten Blick auf den Menschen, indem der die Episoden verbindende Hund posthum Teil einer albernem Kunst-Installation wird.

USA 2016, Kinostart: 28.7.2016, 88 Minuten

16. und 17. September

Parchim International

Der chinesische Investor Jonathan Pang kaufte 2007 in Mecklenburg-Vorpommern einen ausgedienten Militärflughafen, um eine internationale Drehscheibe für den Flugfrachtverkehr zwischen China, Europa und Afrika ins Leben zu rufen. Die spannende, ebenso kurzweilige wie amüsante Langzeitstudie beobachtet das Projekt zwischen ökonomischem Hauptgewinn für die strukturschwache Region und windigem Hirngespinnst eines Emporkömmlings auf unterschiedlichsten Ebenen. Der Dokumentarfilm handelt sowohl von den Chimären des globalisierten Kapitalismus als auch von den Niederungen regionaler Wirtschaftspolitik, wobei sich der Investor als ausdauernder Langstreckenträumer entpuppt.

D 2015, Kinostart: 19.05.2016, 89 Minuten

23. und 24. September

Toni Erdmann

Ein alternder Musiklehrer taucht unangemeldet bei seiner Tochter in Bukarest auf, wo diese für eine Unternehmensberatung an Rationalisierungskonzepten arbeitet. Entsetzt von ihrem freudlosen Manager-Dasein, will er sie in der Gestalt eines kauzigen Alter Egos aus der Reserve locken. Eine souverän zwischen Komik, Tragik und surrealen Momenten wandelnde Dramödie um einen Generationenkonflikt, bei dem sich beide Seiten umkreisen, befehlen und doch annähern. Vorzüglich inszeniert und getragen von zwei überragenden Darstellern, entwirft der Film mit großer innerer Wahrhaftigkeit ein vielschichtiges Vater-Tochter-Verhältnis mit zeitkritischen Anklängen. Untergründig kreist er dabei stets auch um die Frage, wie man leben will.

Frankreich 2015, Kinostart: 21.7.2016, 95 Minuten

auch Mi., 28. September, 19.30

www.kino-achteinhalb.de

Politik, Vorträge & Theater

Fr., 12. August, 15.00

Ausstellung "40 Jahre BI Südheide: Ausstieg - die Aufgabe bleibt!"

Vor 40 Jahren gründete sich die "Bürgerinitiative Südheide für den Schutz vor Kernenergiegefahren" - Anlass genug für eine Ausstellung, die bis zum 17.09.2016 läuft.

Bücherei Hermannsburg, Harmsstraße 3a - Öffnungszeiten: Di, Do und Fr 15 bis 19 Uhr, Sa 9.30 bis 12 Uhr

Do., 18. August, 19.00

Widerstand aus Verantwortung

Andreas Graf Bernstorff, Gorleben

Veranst.: BI Südheide Gemeindebücherei Hermannsburg, Eintritt frei

Di., 23. August, 18.30

Bürgerdialog: Blick in die Zukunft - Kommunalpolitik (neu) denken

Wie stellen wir uns das Leben in Stadt und Landkreis Celle in 2015 vor?

Mod.: Liliane Steinke / Enno Stünkel
Kreistagssaal, Trift 26, Eintritt frei

Sa./So., 04./05.09., 11.00 – 17.00

Graffiti-Workshop: „Kunst am Bau“ mit dem Künstler Frank Ehlert

Bomann-Museum, Gebühr: ???

Di., 06. September, 19.00

Luther und sein ambivalentes Verhältnis zum Judentum

Peter Kuhlmann, Diplom-Theologe
Synagoge, Im Kreise 24, Eintritt frei

Di., 06. September, 19.30

Jubeldemo zum Celler Trialog

Diskussion eines Vorschlags der Gruppe LIST – siehe S. 16

Buntes Haus, Kreativraum

Do., 08. September, 19.00

Tschernobyl - Chronik einer Zukunft - Lesung

Veranst.: BI Südheide Gemeindebücherei Hermannsburg, Eintritt frei

Sa., 10. September, 14.00 – 24.00

es beginnt. Das 50er Jahre-Fest im Bomann-Museum

Bomann-Museum

Mo., 12. September, 18.30

Politischer Gesprächskreis

Wie wir zusammenleben wollen, wie Zukunft gestaltet werden kann

Moderation: Gerd Janke, Sinja Jakulla, Enno Stünkel

VHS, Trift 20 (Saal), Eintritt frei

auch am Mo., den 19.09. und 26.09.

Di., 13. September, 18.30

Fremde: Flüchtlinge und Vertriebene 1945-1949 und heute

Dr. Peter Schyga, Historiker

VHS Trift 17, Raum 3

Mi., 14. September, 18.00

Film im Museum: Ein Atelier in Altea, ZDF-Dokumentation 1979 - mit Kurzführung durch die Ausstellung „es beginnt. Die 50er Jahre“

Bomann-Museum Celle

Sa., 17. September, 09.45

Stop CETA/TTIP-Demo in HH

Abfahrt Celle Hbf – 10.06 Uhr

mehr auf S. 16

So., 18. September, 11.00

Zweite Rundreise gegen Rechts

Start: Friedhof Wietzendorf

mehr auf Seite 25

Di., 20. September, 18.30

Armut und Reichtum in Deutschland – Vortrag Jens Berger

mehr auf S. 23

Veranst.: Rosa-Luxemburg-Club

VHS, Trift 20 (Saal), Eintritt frei

Sa., 24. September, 13.00

Demo Eschede

mehr auf Seite 24.

Do., 29. September, 17.00

Was ist Kunst?“ – eine juristische Frage der 50er Jahre

Dr. Christian Stotz, Wiss. Mitarb. beim Bundessozialgericht

Bomann-Museum Celle

Di., 04. Oktober, 19.00

Die Celler Judentaufe / Kirche und NS-Staat im Nationalsozialismus

Prof. Dr. Hans-Helmut Decker-Voigt
Synagoge, Im Kreise 24, Eintritt frei

Do., 06. Oktober, 19.00

NSU-Prozess - Die Protokolle des dritten Jahres als Film

Veranst: Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus, mehr S. 23

Kino 8 ½, Eintritt frei

Mo., 10. Oktober, 19.00

„Der Kuaför aus der Keupstraße“ (Film und Diskussion)

Veranst: Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus, mehr S. 23

Kino 8 ½, Eintritt frei

Di., 18. Oktober, 19.00

Gefühlserbschaften - Spuren des Antisemitismus nach 1945

Referent: Enno Stünkel

VHS, Trift 20 (Saal), Eintritt frei

Konzerte & Partys

Fr., 02. September, 21.00

Edo Zanki - Akustik-Trio 2016
CD Kaserne, ab 26,00

Fr., 02. September, 21.00

The Keltics
Kaffeegarten Sülze, VVK 10,00

Sa., 03. September, 20.00

Celle Rock City "Otten im Weltall"
- Rock from outta space!
mit: The Drive, Volter, Tachion
CD Kaserne,

Mo., 05. September, 20.00

Jeff Young
Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr., 09. September, 21.00

Freedom – The Party
CD Kaserne, AK 6,00

Sa., 10. September, 20.00

Jam Session
CRI-Räume, Hannoversche Str. 30

Mo., 12. September, 20.00

Josh Smith & Kirk Fletcher
Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr., 16. September, 20.00

"Fette Hupe" featuring Klaus Heidenreich (NDR Big Band)
Burgzentrum, AK 20,00

Fr. und Sa, 16. und 17. September

Stadtfest
Altstadt, Eintritt frei

Sa., 17. September, 19.00

Di Chuzpenics
Klezmer und jiddische Lieder
Synagoge, AK 14,00

Do., 22. September, 20.00

May Be Bop
CD Kaserne, ab 21,90

Do., 22. September, 20.00

Sidney's Blues Band feat. Olivier Franc, Paris
Hof Wietfeldt, VVK 22,00

Fr., 23. September, 20.00

Jazz-Session
Altstadt, Eintritt frei

Sa., 24. September, 20.00

Heimspiel - Der To & Gäste
CD Kaserne, ab 16,40

Fr., 30. September, 20.00

Michy Reincke
CD Kaserne, ab 27,40

Fr., 30. September, 20.00

Open Stage
CRI-Räume, Hannoversche Str. 30

Mo., 03. Oktober, 11.00

Jazz zum Dritten
vor dem Schloss, Eintritt frei

Sa., 08. Oktober, 20.00

Jam Session
CRI-Räume, Hannoversche Str. 30

Mo., 10. Oktober, 19.00

„Erich Mühsam, ein Reigen!“
Burkhard Sondermeier (Rezitation,
Gesang) und Ulrich Raue (Klavier)
Synagoge, AK 14,00

Mo., 10. Oktober, 20.00

Carl Verheyen
Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr., 14. Oktober, 20.00

"Flying Cakes" mit Philip Dornbusch
Beckmann Saal, AK 15,00

Fr., 14. Oktober, 21.00

Bosstime
Bruce Springsteen Tribute Band
CD Kaserne, ab 17,50

Sa., 15. Oktober, 20.00

Ingo Insterburg & der Black
Höhepunkt aus zwei Künstlerleben
CD Kaserne, ab 21,90

So., 23. Oktober, 17.00

Jazzgeschichten mit den Blues Serenaders
Kreistagssaal, AK 15,00

Do., 27. Oktober, 19.00

WAKS – Yiddish voices
Stimmen und Lieder aus einer
versunkenen Welt mit Inge Mandos
(Gesang), Klemens Kaatz (Klavier,
Akkordeon, Indisches Harmonium)
und Hans-Christian Jaenicke (Violine)
Synagoge, AK 8,00

Fr., 28. Oktober, 20.00

Open Stage
CRI-Räume, Hannoversche Str. 30

Fr., 28. Oktober, 20.00

Pawel Popolski - "Der Wissen der Wenigste" - Der Wohnzimmershow
CD Kaserne, ab 27,40

Sa., 29. Oktober, 21.00

**Rock to the 80ies Vol.3 -
Alternative, 80er, Classic Rock,
Crossover, NuMetal, Metal**
CD Kaserne, AK 6,00